:antifaschistische nachrichten

Nr. 15

g 3336 25.7.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Unter Terrorverdacht

Die Bundesanwaltschaft verdächtigt eine Gruppe von Neonazis aus Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz, eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Die Bundesanwaltschaft hatte am 17. Juli die Wohnungen und Geschäftsräume von vier Beschuldigten in Norddeutschland, den Niederlanden und der Schweiz durchsuchen lassen. Außerdem wurden die Hafträume zweier weiterer Beschuldigter in der Schweiz durchsucht. Bei den Durchsuchungsaktionen in Deutschland waren Polizeibeamte der Landeskriminalämter Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern beteiligt.

Gesucht wurden Beweismittel für etwaige Anschlagspläne und -vorbereitungen. Die von der Bundesanwaltschaft als „Werwolf-Kommando“ bezeichnete Gruppe habe das Ziel gehabt, das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, und es bestehe der Verdacht, dass sie zu diesem Zweck terroristische Gewalttaten verüben wollten. Festnahmen erfolgten aber nicht. Die Verdächtigen hatten ein elektronisches Verschlüsselungsprogramm entwickelt, um konspirativ kommunizieren zu können, teilte die Bundesanwaltschaft mit.

hma ■

Williamsons Berufungsprozess

Regensburg. Am 9. und 23. September findet vor dem Landgericht Regensburg der Berufungsprozess des wegen Holocaust-Leugnung verurteilten ehemaligen Bischofs der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“, Richard Williamson, statt. Das Nürnberger OLG hatte die Verurteilung wegen Volksverhetzung durch das Amtsgericht Regensburg wegen eines Verfahrensfehlers kassiert. Das Gericht hatte Williamson zu einer Geldstrafe in Höhe von 1800 Euro verurteilt. Nach Aussagen des Gerichts- sprechers muss Williamson nicht persönlich in Regensburg erscheinen. hma ■

Aus dem Inhalt:



Ein kleiner Ort in der Nähe von Hannover: In Bad Nenndorf findet jedes Jahr einer der größten Norddeutschen Naziaufmärsche statt. Dieses Jahr soll an die erfolgreichen Blockaden von 2012 angeknüpft werden, um den Aufmarsch komplett zu verhindern.

Im Mai 2012 setzte sich die neu gegründete Intiative „Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf“ auf einer Aktivierungskonferenz das Ziel, diesen Aufmarsch durch Blockaden zu verhindern. Teils belächelt, teils verteufelt (Verfassungsschutz: „Eine Neue Stufe der Eskalation!“) machte sich die Initiative an die Arbeit und ließ sich auch durch Kriminalisierungsversuche nicht vom Ziel abbringen.

Das solidarische Zusammenarbeiten von verschiedenen Gruppen, Jugendverbänden und Parteien zahlte sich aus: Hunderte Menschen folgten im August 2012 dem Blockadeaufruf und sorgten für stundenlange Verzögerungen. Wegen der Blockade des Nenndorfer Bahnhofs und einer Weigerung von Busfahrer_innen die Nazis aus Haste zu befördern, mussten die Nazis den Weg nach Bad Nenndorf zu Fuß antreten und konnten ihren Aufmarsch erst kurz vor Ende der in den Auflagen festgesetzten Zeit beginnen.

Doch damit nicht genug: Während ihres Aufmarsches musste sich die Trauergesellschaft von den Anwohner_innen mit Freudentänzen und Musik von den Schlümpfen verarschen lassen, dann fiel die Lautsprecheranlage aus und die Hetzreden gingen in den lauten Sprechchören der Gegendemonstrant_innen unter.

Auf diesen Erfolg möchte die Initiative am 3. August aufbauen. Was lange Zeit als fast unmöglich schien, rückt in greifbare Nähe: Das Aus für den Trauermarsch in Bad Nenndorf.

Auch von Behördenseite scheint sich langsam etwas zu bewegen. In den vergangenen Jahren wurde der Protest stets eingeschränkt, selbst dem lokalen Bündnis der Anwohner_innen „Bad Nenndorf ist bunt“ wurde die Arbeit schwer gemacht. Schikane durch Lautstärkebegrenzung, Distanzierungsforderungen, Demoverbote. Den Nazis wurde der rote Teppich ausgerollt. Besonders traurig ist dies vor dem Hintergrund der fast täglichen Übergriffe von Nazis im Landkreis Schaumburg, wo Angriffe von Nazis als Auseinandersetzungen zwischen Extremisten abgetan werden und Betroffene keine Hilfe finden.

Dieses Jahr blieb das obligatorische Säbelrasseln der Behörden bisher aus, kein Wort von offizieller Seite zum Blockadeaufruf. Das Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ darf sogar (nach den momentanen Planungen der Versammlungsbehörde) auf der angestammten Aufmarschstrecke der Nazis demonstrieren. Die Nazis sollen eine andere Strecke bekommen, eine Klage haben sie bereits angekündigt.

Damit die Blockaden ein Erfolg werden, müssten am 3. August noch mehr Menschen nach Bad Nenndorf kommen und blockieren!

Treffpunkt für die gemeinsame Anreise am 3. August: 9 Uhr vor dem Hauptbahnhof Hannover. Lasst uns den Nazis einen der letzten symbolträchtigen Aufmarschorte nehmen!

Aktuelle Informationen: http://badnenndorf.blogsport.eu/ ■

„Die Freiheit"-Aktivist verurteilt

München. Der bayerische Landesvorsitzende der Partei „Die Freiheit" und Autor der rassistischen Internetseite „PI-News", Michael Stürzenberger, ist vom Münchener Amtsgericht wegen Beleidigung eines Polizisten zu einer Geldstrafe in Höhe von 800 Euro verurteilt worden. Der Vorfall hatte sich im März ereignet, als Stürzenberger mit mehreren Mitstreitern eine Flugblattaktion vor dem Kino Metropol durchführte, in dem eine Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen stattfand. Stürzenberger kündigte an, Berufung einlegen zu wollen. Wenige Tage zuvor hatte das Münchener Amtsgericht bereits einen Mitstreiter Stürzenbergers aus Baden-Württemberg wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 450 Euro verurteilt. Dieser hatte im Februar auf einer Kundgebung von „Die Freiheit" in München einen Gegendemonstranten beleidigt. *hma* ■

Kein Raum für Irving!

Berlin. Der britische Geschichtsrevisionist David Irving will am 10. September in Berlin auftreten. Dies soll in einer bislang noch unbekannten Lokalität „im Herzen Berlins" stattfinden. Der Bundestagsabgeordnete Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) hat in einem Brief an den Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) in Berlin gebeten, den Auftritt Irvings in Berlin zu verhindern und diesem keine Räume zu vermieten. Das Verwaltungsgericht München hatte kürzlich einen Bescheid der Ausländerbehörde aufgehoben, der für Irving eine Einreiseverbot noch bis 2022 vorsah. *hma* ■

Sachsen fahndet künftig automatisch nach Nazimusik

Bei der Innenministerkonferenz (IMK) treffen sich seit 1954 in regelmäßigen Abständen die Innenminister und Innensenatoren der Länder, um über aktuelle Themen zu beraten und gemeinsame Standpunkte zu formulieren. Obwohl die Konferenz über keine Entscheidungsbefugnisse verfügt, tritt sie in der medialen Öffentlichkeit häufig als Stichwortgeber für neue Gesetzesverschärfungen und eine Ausweitung staatlicher Überwachungsmöglichkeiten auf. Bei der dreitägigen Zusammenkunft in Niedersachsen (10.-13.7.) will Sachsens zuständiger Innenminister Markus Ulbig (CDU) seinen Kollegen eine neu entwickelte Software vorstellen, mit der in Zukunft leichter nach rechter Musik gefahndet werden kann.

Ulbig, der sich in den letzten Wochen verstärkt für einen Ausbau von Videoüberwachung in deutschen Innenstädten eingesetzt hatte, sieht in der zunächst für die sächsische Polizei entwickelten Software einen Beitrag, um künftig auf CDs und im Internet indizierte Musik schneller erkennen zu können. Sein Ziel ist eine stärke polizeiliche Zusammenarbeit in Fragen elektronischer Software auch über Sachsens Landesgrenzen hinaus. Das Bundesland gilt nach wie vor als Hochburg der rechten Szene, so konnte sich nicht nur der „Nationalsozialistische Untergrund" mehr als zehn Jahre unter den wachsamen Augen sächsischer Behörden ungestört durch die Republik morden, während sich im gleichen Atemzug sächsische Nazis als V-Leute von Geheimdiensten für die Produktion und den Vertrieb eben jener Musik anwerben ließen, die zumindest indirekt das Treiben musikalisch begleitete.



Demonstration gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt am Main 2011

Obwohl Ulbig gegenüber der Chemnitzer Freien Presse betonte, die Software für die Suche nach „rechtsextremer Musik" nutzen zu wollen, zeigt eine Beispiel aus Baden-Württemberg zu Beginn dieses Jahres, dass in Zukunft damit längst nicht nur Nazimusik zum Ziel sächsischen Ermittlungseifers werden könnte. Erst im Februar hatten Beamtinnen und Beamte auf Anweisung des sächsischen Staatsschutzes die Wohnungen von Mitgliedern der 1978 gegründeten Punkrockband „Normahl" durchsucht. Die sächsischen Ermittler waren bei ihrer Suche nach rechter Musik auf ein 1982 veröffentlichtes Lied der Band gestoßen und hatten bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen „Gewaltdarstellung" angestrengt. Knapp einen Monat später hatte jedoch das Stuttgarter Landgericht einer Beschwerde gegen die Durchsuchungen stattgegeben und diese für rechtswidrig erklärt.

http://www.addn.me

Das Märchen vom Trio: Kundgebungen zum NSU-Umfeld in Dresden

Während in Sachsen das Thema Nationalsozialistischer Untergrund zunehmend aus dem Blickfeld des öffentlichen Interesses verschwindet, haben am vergangenen Freitag rund 70 Menschen an drei unterschiedlichen Orten an das „Märchen vom Trio" erinnert. Nachdem vor dem Einkaufszentrum Mälzerei im Stadtteil Pieschen rund 20 Nazis unter den Augen der unmotivierten Polizei die Kundgebung mit Verweisen auf die Verbindungen des NSU zum Nazi-Netzwerk „Blood & Honour" immer wieder störten und Fotos von den Kundgebungsteilnehmerinnen und Teilnehmern machten, konnten die nachfolgenden beiden Kundgebungen ohne Naziprovokationen stattfinden. Dafür revanchierte sich die Polizei schließlich vor der Wohnung des langjährigen V-Mannes und NSU-Unterstützers Thomas Starke, indem eine übermotivierte Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit versuchte, Personen von der für die angemeldete Kundgebung genutzte Straße zu vertreiben.

Der Auftakt einer Reihe von Kundgebungen unter dem Motto: „Das Märchen vom Trio – NSU in Dresden und Sachsen: einer Rede wert!" fand unweit des Einkaufszentrums Mälzerei im Stadtteil Pieschen statt. In der ersten Etage des Kaufhauses befindet sich der bei Nazis beliebte Laden „Neverstraight Clothes", der neben vielen, besonders in der Naziszene beliebten, Modemarken auch einschlägig bekannte Musik und Merchandise rechter Bands verkauft. Dies kommt jedoch nicht von ungefähr, schließlich ist Betreiber Sebastian Raack Mitglied der südbrandenburgischen NSHC-Band „Outlaw" und bewegte sich gemeinsam mit Mitbetreiber Michael Lorenz im Dunstkreis des Nazi-Netzwerks „Blood & Honour", welches sich zum Ziel gesetzt hatte, Nazi-Ideologie durch Musik zu verbreiten und einen führerlosen Widerstand zu organisieren. Das im Jahre 2000 verbotene Netzwerk und seine Mitglieder gelten heute als wichtige Verbindungsstellen zum untergetauchten Nazitrio. Die Verbindung zur rechten Musikszene wird am Beispiel von „Neverstraight Clothes" vor allem dadurch deutlich, dass der Laden auch als Sitz des Labels OPOS Records dient, welches seit 2007 zu einem bedeutenden Label für Nazimusik in Sachsen und darüber hinaus bekannt geworden ist und in seinem Onlineauftritt Musik von Bands wie Moshpit, Brainwash oder Hope for the Weak vertreibt. Bei der

Fortsetzung Seite 4 unten

Alternative für Deutschland:

Erzkonservative Politik braucht autoritäre Führung

Die zahlreichen Streitereien innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD), die autoritären Umgangsformen, mit der diese entschieden werden (s. AN 11/13), haben ihre Ursache in der Konstruktionsproblematik der Partei. Ziel war es von Anfang an, eine neue erzkonservative und neoliberale Partei aufzubauen. Hieran diskutierten verschiedene think tanks und Netzwerke der Rechten schon lange. Zu nennen wäre hier das „Freie Welt"-Netzwerk; eingebracht haben sich Mitwirkende der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft; und auch aus CDU-Kreisen, die mit der modernisierten Variante des deutschen Konservatismus nicht mehr einverstanden waren, erwuchs Unterstützung.

Nach außen wird gerne behauptet, man sei weder rechts noch links, oder man stelle die breite Mitte dar, doch z.B. Wilfried Jacobi, Kreisverbandsvorsitzender der AfD-Soest verortet seine Partei „dort, wo ‚die CDU mal war'. Die Christdemokraten seien in vielen Fragen wie der Familien-, Integrations- und Energiepolitik SPD und Grünen gefolgt und nach links gedriftet." (Soester Anzeiger, 25.6.13)

Geburtsstunde einer neuen Partei

Einer der Kreißsäle der AfD waren „wertkonservative Kreise" in der CDU. Michael Brück war seinerzeit dabei (inzwischen hat er die AfD wieder verlassen), er schildert die Vorgänge: Die CDU „ist in meinen Augen mit Angela Merkel zu einer sozialdemokratischen Partei degeneriert und hat einen heftigen Linksschwenk vollzogen. Nicht umsonst haben sich parteiintern auch Kritiker formiert. In diesem Zusammenhang zu erwähnen ist die ‚Aktion Linkstrend stoppen' und der ‚Berliner Kreis', zu dessen ursprünglichen Mitbegründern ich gehöre. Die Idee zu einer neuen, eurokritischen Partei kam dann auch von Mitgliedern des ‚Berliner Kreises'. Zwei der drei Gründer der Alternative, Alexander Gauland und Konrad Adam, gehörten dem Kreis an (… und) haben dann zusammen mit Bernd Lucke die fragwürdige Eurorettung zum Hauptthema zunächst der Wahlalternative 2013, später dann der AfD gemacht." (nach „alternativer newsletter" auf Facebook-Anti-AfD-Seite, s. unten)

Das „Freie Welt Netzwerk" – ein Zusammenschluss reaktionärer pressure groups wie „Zivile Koalition" oder „Initiative Familienschutz" unter Führung von Beatrix von Storch (Listenplatz 2 in Berlin) – mischt ebenfalls mit. „Bereits 2012 kooperierten beide Seiten (Lucke und die Zivile Koalition, F) bei der Gründung der ‚Wahlalternative 2013'. Aus dieser ging im Frühjahr die `Alternative für Deutschland' hervor. Mit der Bündelung der bürgerlichen Kräfte sind die AfD-Chancen spürbar gestiegen." (Webseite „Die Freie Welt", 26.4.13) Aus dem einstigen „Bund Freier Bürger" stieß u.a. Joachim Starbatty dazu (Listenplatz 1 in Berlin). Ex-BDI-Präsident und Marktschreier des Sozialabbaus Hans-Olaf Henkel unterstützt die AfD ebenfalls.

Schon in den beiden Jahren zuvor hatte es unterschiedliche Sammlungsbemühungen aus dem rechts-bürgerlichen Lager gegeben, die sich gegen die Euro-„Rettungspolitik" wandten, aber nicht etwa wegen der katastrophalen Folgen, die diese Politik in den südeuropäischen Ländern hatte, sondern weil für Deutschland dabei nichts heraus springe. Zu nennen wären hier die „Bogenberger Erklärung", das „Bündnis Bürgerwille" oder auch das „Aktionsbündnis Direkte Demokratie". Diese genannten Strömungen und Sammlungen beteiligten sich dann in unterschiedlicher Weise an der Gründung der Wahlalternative 2013, dem direkten Vorgänger der AfD (s. AN 7/12, 24/12).

Das Problem dieser neuen Formation war, genügend Anhang zu gewinnen, um in den Bundestag einziehen zu können. Hier sollte die Ablehnung des Euros in seiner jetzigen Form die Klammer nicht nur für das konservative Spektrum bilden, sondern auch einen breiteren Anhang gewinnen helfen, wenn man nur die eigentlichen, rückwärtsgewandten und arbeitnehmerfeindlichen Ziele nicht ruchbar werden ließe (s. AN 9/13, 10/13).

Inwieweit die Abschaffung des Euros, wie er heute besteht, tatsächliches Herzensanliegen der AfD-Granden ist, oder aber nur ein Vehikel zur Anhangbildung, bleibt unentschieden. Jedenfalls hatte Bernd Lucke noch im Februar 2011 das Euro-System trotz der Überschuldung einzelner Staaten nicht in Gefahr gesehen und sich sogar für Kredite der EU ausgesprochen: „Eine Umschuldung erfordert nicht, dass das insolvente Land aus dem Euro ausscheidet und sie gefährdet auch nicht die Stabilität des Eurosystems. Weiterhin ist es notwendig, dass die Europäische Union nach dem vollständigen Abschluss einer Umschuldungsvereinbarung Kredite an die betroffenen Mitgliedstaaten vergibt..." (Webseite „Plenum der Ökonomen", 17.2.11)

Die Partei startet

In den ersten Monaten hat das Konzept hervorragend funktioniert. Die Medien berichteten ausführlich und meist ohne kritische Untertöne, die Mitgliederzahlen explodierten förmlich und bestanden bei Weitem nicht nur aus den reaktionären Stieseln, die man gemeinhin in solchen Formationen antrifft, und die Unterstützungsunterschriften für die Wahlbeteiligung konnten auch beigebracht werden.

Eigentlich war es gut durchdacht: Die konservative Connection übernimmt die Vorstandsposten in Bund und Ländern und lässt sich auf die vorderen Listenplätze wählen. Das Fußvolk darf sich auf der Facebook-Seite austoben, und jeder konnte annehmen, dass genau sein Anliegen in der AfD gut vertreten sei. Das Parteiprogramm ist in seiner Kürze ebenfalls auf diesen Zweck zugeschnitten. Neben der Gegnerschaft zur Euro-Politik und der Forderung nach Einführung von Volksentscheiden enthält es überwiegend unverbindlich gehaltene Allgemeinplätze, in die jeder hineininterpretieren kann, was er hören möchte.

Doch wer mit der Forderung nach mehr Demokratie auf WählerInnenfang geht, muss damit rechnen, dass Mitglieder auch auf ihre innerparteilichen Mitwirkungsrechte pochen. Und so entfalteten sich bald die ersten Widersprüche: Viele dachten in einer demokratischen Alternative zu den etablierten Parteien zu sein; viele wollten eine bessere, sozialere Gesellschaft. Alles Themen, die anzusprechen sich die Partei-Oberen aus guten Gründen weigerten. Eine Positionierung in diesen Fragen, würde automatisch das Wegbrechen ganzer politischer Strömungen mit sich bringen.

Sobald einzelne oder gar Gruppen ihr Mitbestimmungsrecht einforderten musste es zum Knall kommen. Denn der Vorstand kann nicht zulassen, dass Menschen, die nicht „auf Linie" sind bzw. noch nicht einmal gemerkt haben, dass es solch eine Linie gibt, in wichtige Positionen kommen. Sonst würden die inhaltlichen Widersprüche noch vor der Bundestagswahl aufbrechen und alles wäre in Frage gestellt.

Der erste große Krach

Bei der „Homosexualitäts-Debatte" im Anschluss an eine Sammelaktion auf einem schwul-lesbischen Fest in Berlin kam das einmal an die Oberfläche. Auf diesem Fest wurden Unterschriften für die Wahlzulassung der AfD mit der Behauptung gesammelt, man unterstütze Forderungen nach Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften. Ein Widerspruch zum konservativen Menschen-

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

bild, und so sah sich der Bundesvorstand gezwungen, ein Machtwort zu sprechen: „Der Vorstand der Alternative für Deutschland distanziert sich ausdrücklich (…). Die Ehe ist aber eine Marke unseres Wertekanons, den wir schützen müssen!“ (AfD-Facebook-Seite, 21.6.13) Etliche liberale Mitglieder traten aus.

Jedoch ist hier das Parteiprogramm in klassisch konservativem Tonfall gehalten: „Wir stehen für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.“ Diese Position wird u.a. von der schon erwähnten „Initiative Familienschutz“ präzisiert nach dem Motto ihrer Sprechern Hedwig Freifrau von Beverfoerde: „Die Familie – das Fundament unserer Gesellschaft – ist heute in vielfältiger Weise existentiell bedroht. Recht und Freiheit der Familie, die im Naturrecht begründet sind, finden nicht mehr die selbstverständliche Achtung, die ihnen zukommt.“ (Webseite „Familienschutz“)

Eine strikt traditionelle Familienpolitik dürfte vielen AfDlerInnen ein wichtiges Anliegen sein. Der Duisburger AfD-Vorstand Holger Lücht meint, Deutschland werde geführt von „Parteien, die Mindermeinungen zum Maßstab machen und ein Klima, in dem Schwule, Lesben, Alleinerziehende und Ausländer die Richtung vorgeben. (…) Seinen Familienbegriff möchte er daher auch recht eng ausgelegt wissen, nämlich bestehend aus Mann und Frau und Kind. Lücht weiter: Das könne man erst überdenken, wenn es Homosexuellen gelänge, sich auf natürlichem Wege fortzupflanzen.“ (Webseite „lokalkompass“, 13.7.13) Das wird der eingangs zitierte Jacobi genauso sehen. Er verhinderte die Kandidatur einer Aktivistin, weil „unsere Wähler (ihre) Transsexualität nicht verstehen“ würden. (Soester Anzeiger, 25.6.13)

Genau solche Auseinandersetzungen, in denen er Farbe zu bekennen gezwungen ist, fürchtet der AfD-Vorstand. Je mehr die Partei als das kenntlich wird, was sie ist, ein reaktionärer Haufen, desto mehr schwinden ihre Möglichkeiten, eine breite Anhängerschaft an sich zu binden. Daher auch die rabiaten Methoden, wenn es darum geht, Parteioppositionelle auszuschalten.

F

Es gibt eine Seite von Parteioppositionellen, in denen über die Machenschaften der AfD-Vorstände berichtet wird: http://alternativernewsletter. wordpress. com/ . Infos bietet auch eine Anti-AfD-Seite bei Facebook: https://www. facebook.com/GegenDieAlternativeFuerDeutschland sowie http://afdwatch.de/

Nachtrag: Am 15.7. hat die AfD eine Pressekonferenz abgehalten, in denen sie die Ergebnisse ihrer Arbeitsgruppen zur Verteidigungs-, Gesundheits- und Energiepolitik vorstellte. Die Partei stört sich sehr daran, als „Ein-Themen-Partei“ wahrgenommen zu werden; und so sollte diese Pressekonferenz ein Befreiungsschlag werden. Stattdessen wurde sie ein Rohrkrepierer!

Womit wir bei der Verteidigungspolitik wären. Hier wurde ein Arbeitspapier vorgestellt, das aus ein paar Allgemeinplätzen besteht, wie dem, Soldaten seien von der Bundeswehrreform verunsichert oder die Ausrüstungs- und Waffenbeschaffung müsse verbessert werden. Die BuWe solle sich auf die Landesverteidigung konzentrieren, und sollte es doch zu Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes kommen, müsse das Grundgesetz angepasst werden.

Wenig überraschend ist, dass die AfD mehr Konkurrenz unter den Krankenkassen wünscht und dass sie in Worten zwar gegen eine Zweiklassenmedizin eintritt, aber dennoch für die Beibehaltung von gesetzlichen und (besser gestellten) Privatkrankenkassen ist. Schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung im Gesundheitsbereich werden genau so wenig thematisiert wie die Riesengewinne der Pharmakonzerne. Einige AfDlerInnen sprachen sogar von einem FDP-liken Konzept.

Zur Energiepolitik ebenfalls das schon sattsam bekannte Sowohl-als-auch. Einerseits ist man für fossile Energieträger, andererseits will man den CO2-Ausstoß verringern; Atomkraftwerke müssen nicht unbedingt sein, aber kerntechnische Forschungen auf jeden Fall; erneuerbare Energiequellen werden bejaht, dürfen aber nichts kosten; die Energiewende soll für die Bürger billiger werden, aber die Billigtarife für die Industrie werden nicht angegriffen.

Beim Thema Klimawandel sah sich Bernd Lucke gezwungen, seinem „Fachreferenten“ über den Mund zu fahren, als der die Gelegenheit nutze, endlich einmal seine ganz speziellen Gedanken auszubreiten. So sagte Stephan Boyens, der Klimawandel sei nicht Menschen gemacht, und derzeit existiere er gar nicht. Lucke bezeichnete das dann als Privatmeinung und erklärte, dass der Klimawandel Menschen gemacht sei.

Alles in allem: In den seltenen Fällen, in denen unmissverständlich Positionen bezogen werden, sind diese neoliberal geprägt. Fachkompetenzen, so sie denn vorhanden sind, treten immer wieder hinter dem Wunsch zurück, extravagante Thesen zu äußern. Lucke als unangefochtener Chef im Ring sucht das sofort wieder gerade zu biegen und zeigt sich dabei meist angepasst. Viel Sprengsatz für die AfD!

F ■

Fortsetzung von Seite 2

Kundgebung erzeugten die etwa zwanzig auf der gegenüberliegenen Straßenseite versammelten Nazis um Ronny Thomas, Christian Leister und Ladeninhaber Raack eine beklommene und bedrohliche Atmosphäre. Trotz offensichtlicher Störversuche verhielt sich die Polizei zunächst sehr zurückhaltend und ließ die Nazis gewähren.

Nach etwa einer Stunde zogen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kundgebung weiter zum Schloßplatz im Zentrum der Stadt, wo in einem Redebeitrag zunächst an die zehn Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds erinnert wurde. Dabei wurde auch auf die derzeitige Situation von MigrantInnen Bezug genommen, welchen aktuell weder gesellschaftlich, noch politisch oder rechtsstaatlich eine ausreichend sichere Bleibeperspektive geboten wird. Thematisch setzten sich ein zweiter Redebeitrag mit dem kollektiven Versagen der Sicherheitsbehörden und der behördlichen Verhinderung einer umfassenden Aufklärung auseinander. So haben Verfassungsschutzbehörden nachweislich nicht nur Nazinetzwerke finanziell gefördert, sondern bewegten sich mit unzähligen V-Leuten ebenso im direkten Umfeld von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos. Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die eigentlich Licht ins Dunkel bringen sollen, werden durch die verantwortlichen Landesämter für Verfassungsschutz regelrecht torpediert. Auf der Veranstaltung wurde nun auch die zu Beginn noch sehr zurückhaltend agierende Polizei aktiv und drohte einigen teilnehmenden Personen vor der Schloßkirche mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, da sie mit ihrer Anwesenheit auf der Treppe der Kirche eine angrenzende Chorveranstaltung gestört haben sollen. Der Initiativkreis „Sachsens Demokratie“ kritisierte in einer Pressemitteilung das Verhalten der eingesetzten Beamtinnen und Beamten „angesichts des Desasters bei den Ermittlungen als Skandal“.

Zum Abschluss der Kundgebungstour ging es noch in den Süden der Stadt, wo in Naußlitz auf der Saalhausener Straße bis vor wenigen Monaten noch das Ex-“Blood & Honour“ Mitglied Thomas Starke gemeinsam mit seiner Familie gelebt hat. Der wegen Unterstützung des Nationalsozialistischen Untergrunds ebenfalls in den Fokus der Ermittler geratene Mann hatte nicht nur 1,1 Kilogramm Sprengstoff an das NSU-Trio geliefert und sie nach ihrer Flucht aus Jena bei einem Freund in Chemnitz einquartiert, sondern arbeitete von Ende 2000 bis Anfang 2011 als Vertrauensperson (VP) für das Berliner Landeskriminalamt. In seiner Nachbarschaft in einem beschaulichen Wohngebiet ahnte wohl niemand etwas davon, dass Starke schon seit Beginn der 90er Jahren tief in die Strukturen des Nazinetzwerks von „Blood & Honour“ verwickelt war und sich dort beispiels- →

„Ich hab noch nie einen Neonazi auf einem Fahrrad gesehen“

Vorläufiges Fazit aus der Beobachtung des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses 2012/2013, 27. Juni 2013
Teil 2 – von Birgit Mair

Opfer und Angehörige wurden noch einmal vor dem Untersuchungsausschuss verunglimpft

Obwohl die ErmittlerInnen bereits seit November 2011 wussten, dass die Täter Neonazis waren, wurden die Opfer und deren Angehörige vor dem Ausschuss weiterhin in alter Manier verleumdet und verunglimpft. So behauptete ein damaliger Ermittler des Polizeipräsidiums Mittelfranken in der 13. Sitzung des Ausschusses am 5. Februar 2013, dass das Mordopfer X. – der Name soll hier bewusst nicht genannt werden – „eine kriminelle Figur in jeder Richtung“ [24] gewesen sei. Meine Recherchen, unter anderem ein Interview mit der Opferanwältin der Angehörigen dieses Mordopfers, ergaben unter anderem, dass X. nicht ein einziges Mal gerichtlich verurteilt worden war und auch die sonstige Einschätzung seiner Person grundfalsch war.

In der 14. Sitzung des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses am 19. Februar 2013 äußerte ein Mitarbeiter des Polizeipräsidiums München ganz unverhohlen, es gebe eine „türkische Drogenmafia mit Sitz in Holland, die wie eine Krake ihre Fühler über ganz Europa“ [25] ausbreiten würde. Bewusst oder unbewusst gab der Ermittler hier ein altbekanntes antisemitisches Stereotyp wieder und stülpte es der „türkischen Drogenmafia“ über. Derselbe Münchner Polizist berichtete dann noch von einem „Mischling“, der angeblich von zwei Zeuginnen am Tatort in der Bad-Schachener-Straße in München gesehen worden war. Später stellte sich heraus, dass die Zeuginnen gelogen hatten. Der Begriff „Mischling“ ist allenfalls im Tierreich noch angebracht, nicht aber bei Menschen, erinnert er doch an die 1935 in Nürnberg von den Nationalsozialisten verabschiedeten „Rassengesetze“ [26].

Angesprochen auf Türkenfeindlichkeit als mögliches Mordmotiv antwortete derselbe Beamte: „Eher dann in Richtung PKK, aber nicht passend zur rechtsradikalen Szene“ [27]. Ein Kommentar erübrigt sich hier.

In der 13. Sitzung am 5. Februar 2013 beschrieb ein damaliger Ermittler des Polizeipräsidiums Mittelfranken den NSU-Tatort in Kassel als „Türkenmeile“ [28] und wiederholte sodann die zwischenzeitlich enttarnte Lüge eines „Kronzeugen“, wonach das erste Mordopfer, Enver Şimşek, Streckmittel für Heroin über die holländische Grenze transportiert habe [29]. Von den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses intervenierte niemand. Anfang März 2013 erschien Semiya Şimşeks Buch „Schmerzliche Heimat“. Die Tochter des ersten NSU-Mordopfers schrieb in diesem Buch, dass dieser Polizeiinformant im Jahr 2006 als Lügner überführt worden war: „Jahrelang war für die Nürnberger Ermittler Enver Şimşeks angebliche Heroinstreckmittelfahrt aus der Geschichte Yildirims [des „Kronzeugen“, A.d.V.] der wichtigste Grundstein gewesen, auf den sie ihre Drogentheorie aufbauten. Aber erst im Jahre 2006 erledigte ein (…) Beamter endlich die polizeilichen Hausaufgaben. Mit fünf Jahren Verspätung übernahm dieser Ermittler den überfälligen Routinejob, die Aussagen des angeblichen Zeugen Yildirim (…) auf ihren Wahrheitsgehalt hin abzuklopfen.“ [30]

Dass die im Jahr 2006 endlich widerlegte Lüge noch im Jahr 2013 vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss wiederholt wurde, ist bemerkenswert. Dass niemand den Beamten wegen übler Nachrede oder Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener anzeigte, ebenfalls.

Nachdem ich einige Mitglieder des bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses über die genannten Hintergründe informiert hatte, kam es zu folgendem Wortwechsel. Vernommen wurde am 10. April 2013 der damals für die Mordserie verantwortliche Nürnberger Oberstaatsanwalt Dr. Walter Kimmel:

„Abgeordnete: Herr Şimşek wurde immer wieder verdächtigt, Drogendealer zu sein. Es gab einen Hinweisgeber, aufgrund dessen ermittelt worden ist. Aber seine Angaben sind erst fünf Jahre später, 2006, überhaupt hinterfragt und überprüft worden. Warum so spät?

Staatsanwalt: Man hat sich zunächst mit den aktuellen Fällen befasst. Erst dann hat man alles, was man mittlerweile schon ermittelt hatte, nochmal überprüft, gerade weil man nicht weitergekommen ist.

Abgeordnete: Es haben sich die Angaben des Hinweisgebers als falsch dargestellt. Das heißt, man hat fünf Jahre lang aufgrund falscher Hinweise ermittelt.

Staatsanwalt: Das war eine Spur. Wenn sich später herausstellt, dass die Spur falsch ist…“ [31]

Dr. Kimmel war dafür verantwortlich, dass das Kölner Nagelbombenattentat 2004 und die Mordserie nicht in einen vertieften ermittlungstechnischen Zusammenhang gebracht worden sind. Hier ein weiterer Dialog aus dem Untersuchungsausschuss zu der Frage an Dr. Kimmel, warum die Taten in Köln (2004) und Nürnberg (2005) nicht professionell verglichen worden sind. Besonders brisant ist dies deshalb, weil eine Nürnbergerin auf dem Video von der Kölner Keupstraße einen der beiden Männer mit Fahrrad und Basecap wiedererkannt hatte, die sie beim Mord an İsmail Yaşar am 9. Juni 2005 in der Nürnberger Scharrerstraße beobachtet hatte. [32]

„Abgeordneter: Inwieweit sind die Erkenntnisse der Ermittlungsarbeit des Kölner Nagelbombenanschlags in die Ermittlungsarbeit eingeflossen?

„Staatsanwalt: Es gab eigene Operative Fallanalysen. OFA München und OFA Köln. Ein Vergleich der beiden Taten bringt nix, weil die Taten zu unterschiedlich sind. Das haben die OFA-Analysten Bayern und Köln übereinstimmend vorgetragen. Wenn die OFA-Spezialisten das so bewerten – was soll ich denn da eine Analyse in Auftrag geben, wenn mir von vorn herein gesagt wird, das bringt nix.

Abgeordneter: Aber der Oberstaatsanwalt hätte doch die Möglichkeit gehabt, das zu vergleichen, gerade weil man seit Jahren nicht vorangekommen ist. Und jetzt hatten wir doch Videoaufnahmen und wieder waren Ausländer die Opfer. Da wäre das mit den Radfahrern aufgefallen.

Staatsanwalt: Die Radfahrer hatten wir ja beim Fall Yaşar, das war der erste konkrete Hinweis auf die zwei Radfahrer. Aber es gibt weiß ich nicht wie viele Millionen Männer mit Basecaps, die halt mal ein Fahrrad schieben. Aufgrund des Tatablaufs war es völlig anders. Wenn die reingegangen wären in einen Laden und hät-

---

weise für die Produktion der Landser-CD „Ran an den Feind“ mitverantwortlich zeigte.

Im Unterschied zur ersten Kundgebung, bei der die sächsische Polizei die Nazis nicht daran hindern wollte, die Kundgebung zu stören, versuchte sie am dritten Versammlungsort, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Straße zu drängen. Erst im weiteren Verlauf und nach telefonischer Rücksprache mit der Stadt konnte die angemeldete Kundgebung auf der Straße stattfinden. Während Flugblätter in die Briefkästen der umliegenden Häuser verteilt wurden, informierte die Initiative „Sachsens Demokratie“ in einem Redebeitrag Starkes Nachbarschaft noch einmal über dessen Vergangenheit in der rechten Szene und seine Rolle im derzeit am Münchner Oberlandesgericht verhandelten Prozess gegen Beate Zschäpe und zahlreiche mutmaßliche Unterstützer des Terrortrios.

http://www.addn.me ■

ten jemand erschossen, wäre es anders gewesen.“

Dr. Walter Kimmel, der in leitender Funktion für die Aufklärung der Mordserie zuständig war, wurde mittlerweile zum Chef der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth befördert. [33]

Untersuchungsausschuss: Leider nicht nachgebohrt…

Nicht nur in Bayern, auch anderenorts gaben die BehördenvertreterInnen meist nur das zu, was ihnen von anderer Seite (Medien, AntifaschistInnen, einzelne ParlamentarierInnen) nachgewiesen worden war. Inhaltsleere Monologe und endlose Selbstrechtfertigungen waren an der Tagesordnung.

Die veritable „Mauer des Schweigens“ wurde im bayerischen Untersuchungsausschuss nur selten durchbrochen. Da tauchten Dokumente im Nürnberger Polizeipräsidium auf, die auf Kontakte der späteren NSU-TerroristInnen zur mittelfränkischen Neonaziszene hinwiesen. Die diversen „Garagenlisten“ von Uwe Mundlos wiesen in dieselbe Richtung. Vertieft wurde das Thema in der Folge kaum. Viele Fragen zur „Tiroler Höhe“, einem ehemaligen Nazitreffpunkt in Nürnberg Mitte der 1990er Jahre, sowie zu den eben erwähnten „Garagenlisten“ wurden nur am Rande behandelt.

Im zwischenzeitlich geschlossenen Gasthaus „Tiroler Höhe“, das sich in unmittelbarer Nähe der ehemaligen SS-Kaserne im Nürnberger Süden befand, fand am 18. Februar 1995 ein damals so genanntes „Skinheadtreffen“, d.h., ein Treffen der militanten Neonaziszene mit vielen TeilnehmerInnen aus den neuen Bundesländern statt. Es gab Randale, Verhaftungen, und im Nachgang eine Personenkontrolle des Uwe Mundlos.

Höhepunkt der überregionalen rechten Vernetzung in der „Tiroler Höhe“ unter Federführung der regionalen NPD war der bundesweite „Nazi-Gipfel“ am 25. März 1995 unter Anwesenheit von etwa 60 Neonazis. Neben NPD-Funktionären wie dem jetzigen Stadtrat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ und früheren NPD-Landesvorsitzenden Ralf Ollert waren auch VertreterInnen extrem rechter, „rechtspopulistischer“ Parteien sowie die Crème de la Crème der damaligen militanten Naziszene anwesend, beispielsweise Friedhelm Busse, militanter Altnazi und u.a. ehemaliger Chef der zum Zeitpunkt des „Nazi-Gipfels“ bereits verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP).

Trotz deutlicher NSU-Relevanz wurde hier zu wenig nachgebohrt und recherchiert. Der NSU entstand nicht aus dem Nichts, sondern war ein Spross der militanten Naziszene der 1990er Jahre. Vielleicht entstand einer der Teil-Sprosse in Nürnberg und Umgebung.

Eine weitere Frage: Warum waren die späteren NSU-Terroristen in den Jahren 1995 und 1996 im Visier der hiesigen Polizei (Autobahnkontrolle 18. Februar 1995, handgeschriebene Liste der Polizeidirektion Nürnberg vom 21. September 1996)? [34] Wer saß außer Mundlos noch im Auto? Und: War es ein Zufall, dass der langjährige bayerische NPD-Chef und Nürnberger Stadtrat Ralf Ollert im Jahr 1997 in Neuhaus am Rennweg (Thüringen) an der Spitze einer Neonazidemonstration lief, ganz in der Nähe zwei der drei Kern-NSUler und mindestens einer der „V-Männer“, die sich im Terror-Umfeld bewegten?

Auch die Rolle von Mandy Struck war im bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss nur marginal beleuchtet worden. Sie hatte den drei Neonazis Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt 1998 eine Wohnung bei ihrem damaligen Freund in Chemnitz vermittelt. Zur Zeit der ersten NSU-Morde lebte sie dann in Bayern und hatte u.a. Kontakt zur 2004 verbotenen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.). Deren Anführer Matthias Fischer stand namentlich auf der 1998 gefundenen Kontaktliste („Garagenliste“) des späteren NSU.

Das Thema „Fränkische NSU-Unterstützer-Szene“ wurde im Ausschuss nebenbei abgehandelt, hiesige „V-Leute“ in öffentlicher Sitzung nicht befragt. In Bezug auf die himmelschreienden Skandale rund um die beiden involvierten Neonazi-“V-Männer“ Dalek und Brandt wurde kaum Druck ausgeübt, kaum vertieft.

Auch die Frage, ob Aufkleber der 2004 vom bayerischen Innenministerium verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ (F.A.F.) bereits zum Zeitpunkt des Mordes an Herrn Özüdoğru an den Fallrohren des Tatortes in der Siemensstraße/Gyulaer Straße Nürnberg registriert werden konnten, wurde bisher nicht ausreichend geklärt. Reste der Aufkleber mit der Aufschrift „Den Zionismus gemeinsam bekämpfen“ fanden sich jedenfalls noch 2011 auf den Fallrohren und wurden mittlerweile entfernt.

Auch folgende Frage wurde im bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss noch nicht befriedigend geklärt: Wer nahm an der NPD-Veranstaltung „Kunstgeschichtliche Stadtführung in Franken“ teil, die für den 9. September 2000 in Nürnberg angekündigt worden war? Ausgerechnet an dem Tag, an dem in Nürnberg auf den Blumenhändler Enver Şimşek geschossen wurde! Wo wurde diese Veranstaltung durchgeführt? Warum spielte diese Veranstaltung bis heute keine Rolle in der öffentlichen Debatte?

Die Rolle der NPD-Veranstaltung „Kunstgeschichtliche Stadtführung in Franken“ mit der Angabe „09.09.2000 Nürnberg“ am Tag des ersten NSU-Mordes (9.9.2000) wurde bisher nicht geklärt.

Nur ganz nebenbei sei erwähnt, dass es zur Frage einer Aktenschredderei in Bayern nach dem 4. November 2011 von Seiten der vernommenen VS-Beamten widersprüchliche Aussagen gab. Vereidigt wurde bis jetzt in dieser wie auch in anderen Angelegenheiten kein Zeuge.

Ist die NSU-Aufklärung in Bayern gescheitert? Diese Frage ist mit einem klaren „Ja“ zu beantworten.

Viele der im Ausschuss bekannt gewordenen Fakten und Umstände waren nicht wirklich neu. Die vernommenen Behördenvertreter mauerten häufig, antworteten einsilbig, inhaltsleer oder im Gestus der Selbstrechtfertigung. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses initiierten – Ausnahmen bestätigen hier die Regel – kaum eigenständige Recherchen und betrieben oft sichtlich „Dienst nach Vorschrift“. Trotz des guten Willens eines Teils der Mitglieder des Untersuchungsausschusses wird dieser nur wenig zur Aufklärung der fünf rassistischen NSU-Morde und zum Versagen staatlicher Behörden in Bayern beitragen.

Es gab auch strukturelle Einschränkungen: Dass im Durchschnitt pro Zeuge weniger als zwei Stunden Zeit für die Befragung veranschlagt war und dass ein begrenzter und vorher zwischen allen Landtagsparteien „ausgehandelter“ Fragenkatalog abgearbeitet wurde bzw. abgearbeitet werden musste, zeigt die Grenzen eines solchen Verfahrens auf. Viele Sitzungen waren als „geheim“ oder „nicht öffentlich“ eingestuft, die JournalistInnen und BesucherInnen waren dann ausgeschlossen. Insbesondere wenn es um die so genannten „V-Leute“ des bayerischen Verfassungsschutzes ging, verschwanden die Abgeordneten im Münchener Maximilianeum ganz plötzlich in einen der Öffentlichkeit unbekannten Raum. Mitarbeiter

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) verleiht Michel-Vanderborght-Preis

In einer eindrucksvollen Feierstunde wurde am zweiten Juli-Wochenende im Festsaal des Belgischen Parlaments in Brüssel an acht Persönlichkeiten und Initiativen der Michel-Vanderborght-Preis der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten verliehen. Mit diesem Preis, der den Namen des belgischen Partisans und letzten Präsidenten der FIR trägt, sollen diejenigen ausgezeichnet werden, die sich im Sinne der Ideale des antifaschistischen Widerstandes für die Bewahrung der historischen Erinnerung, für die sozialen und politischen Interessen der Überlebenden und für die Fortsetzung des antifaschistischen Vermächtnisses durch besonderes Engagement gegen alte und neue Nazis ausgezeichnet haben.

Zur Eröffnung der Zeremonie sprach André Flahaut, Präsident des belgischen Parlaments. Er würdigte die Verdienste von Michel Vanderborght und betonte, wie wichtig heute der gemeinsame demokratische und antifaschistische Widerstand gegen extreme Rechte und rechtspopulistische Bewegungen in verschiedenen Ländern Europas sei. Er betonte, die Erinnerung an den Widerstand sei nicht allein eine historische Aufgabe, sondern eine Verantwortung für die zukünftigen Generationen, um die Ideale der Demokratie, der Freiheit und des Humanismus zu bewahren.

Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten der FIR Vilmos Hanti, der noch einmal die Intention des Preises erläuterte, wurden die Auszeichnungen an die Geehrten übergeben. Es waren ein belgisches staatliches Institut, das sich besonders um die Geschichtsvermittlung verdient gemacht hat, ein bulgarischer Historiker, der sich seit vielen Jahren gegen den politischen Mainstream die Bewahrung der Erinnerung an den Widerstand zur Aufgabe gemacht hat, eine deutsche Initiative, die finanzielle und moralische Unterstützung für ehemalige Zwangsarbeiter organisiert, ein griechischer Maler, dessen Werke die Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes zum Ausdruck bringen, ein israelischer Partisan, der sich insbesondere für die Erinnerung an die jüdischen Kämpfer einsetzt, ein antifaschistisch engagierter Journalist aus Italien und – als politische Besonderheit – die Vertreter des 13. Stadtbezirks von Budapest, die sich dem rechten Mainstream von FIDESZ und JOBBIK in Ungarn engagiert entgegenstellen. In seiner Dankesrede betonte der Bürgermeister dieses Distrikts, wie wichtig für seine aktuelle politische Arbeit diese Anerkennung der FIR sei.

Mit dem Michel-Vanderborght-Preis der FIR wurde diesen Initiativen und Engagierten Dank und Anerkennung der internationalen antifaschistischen Bewegung ausgesprochen. In welcher Tradition die Organisation und die von ihr Ausgezeichneten stehen, dokumentierten das Institut des Vétérans und die FIR, als sie im Rahmen der Veranstaltung einige Ausstellungstafeln der ersten umfassenden Ausstellung über den antifaschistischen Widerstandskampf in Europa, die wenig später in den Räumen des Europaparlament der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, den Gästen präsentieren konnten.

Dr. Ulrich Schneider ■

---

des Bayerischen Innenministeriums wachten genauestens darüber, dass niemand folgte. Doch auch während der Sitzungen wachten diese Beamten darüber, dass ja niemand gegen die Auflagen der so genannten „Aussagegenehmigungen“ verstieß, die wohl eher den Namen „Aussageverweigerungen“ verdient hätten.

Ein indirekter Aufklärungsbeitrag wird jedoch bereits jetzt deutlich: Bei derart ignoranten und teilweise noch heute ihre groben Fehler und rassistischen Einstellungsmuster verteidigenden Behördenvertretern wird schon etwas klarer, warum es menschenverachtende Neonazis in Bayern teilweise derart leicht hatten und haben.

Ausblick [35]

Sehr erstaunt war ich, als am 18. Juni 2013, in einer der letzten Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses, bekannt gegeben wurde, dass das Innenministerium dem Ausschuss die angeforderten Unterlagen zu weiteren Neonazi-V-Leuten immer noch nicht bereitgestellt hat. Auch das NSU-Bekennervideo und die dazu gehörenden Unterlagen haben die Abgeordneten noch nicht erhalten. Wenn man bedenkt, dass der Abschlussbericht am 17. Juli 2013 präsentiert werden soll, wundert man sich über diese Nachlässigkeit. Auch die Frage, wie der Wahrheitsgehalt der am 18. Juni 2013 im Untersuchungsausschuss getätigten Behauptung eines Polizeibeamten überprüft werden kann, blieb bisher ungeklärt. Der Beamte erklärte unter anderem, bei einer Besprechung der BAO Bosporus – mutmaßlich im Jahr 2007 – sei vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) als möglichem Urheber der Mordserie die Rede gewesen. [36]

Spannend bleibt, wie mit den offenen Fragen rund um den erst kürzlich bekannt gewordenen mutmaßlichen NSU-Sprengstoffanschlag am 23. Juni 1999 in der Nürnberger Scheurlstraße umgegangen wird. Die betroffene Kneipe „Sunshine“ hatte damals einen türkischstämmigen Wirt. Auch hier konnten sich die Ermittlungsbeamten kein rassistisches Motiv vorstellen. [37]

Fußnoten

[24] Aussage von Werner Störzer vom Polizeipräsidium Mittelfranken in der 13. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ am 5. Februar 2013

[25] Aussage von Josef Wilfling vom Polizeipräsidium München in der 14. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ am 19. Februar 2013

[26] Zitat aus den rassistischen Nürnberger Rassengesetzen: „Jüdischer Mischling ist, wer von ein oder zwei der Rassen nach volljüdischer Großelternteilen abstammt, sofern er nicht nach §5 Abs.2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.“ Vgl. Internetseite des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin: http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/nuernbergergesetze/

[27] Aussage von Josef Wilfling vom Polizeipräsidium München in der 14. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ am 19. Februar 2013

[28] Aussage von Werner Störzer vom Polizeipräsidium Mittelfranken in der 13. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ am 5. Februar 2013

[29] Ebd.

[30] Semiya im ek/Peter Schwarz: Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater. Berlin 2013, S. 131ff sowie S. 151ff

[31] Aussage von Dr. Walter Kimmel von der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg in der 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ vom 10. April 2013

[32] siehe AN 12/2013, Seite 4

[33] http://www.nordbayern.de/nuernberger-zeitung/nurnberg/kimmel-wird-chef-der-staatsanwaltschaft-nurnberg-furth-1.2955667

[34] Bündnis 90 / Die Grünen, Zwischenbilanz Untersuchungsausschuss „NSU – Rechtsterrorismus in Bayern“

[35] Verfasst nach dem Ende des Analysezeitraums

[36] Aussage von Konrad Pitz von der Kriminalpolizei Rosenheim bei der 28. Sitzung des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus in Bayern – NSU“ am 18. Juni 2013

[37] Nürnberger Nachrichten 25. Juni 1999

Nazigruppierungen aufgelöst

Die jüngst aufgelebte Antifabewegung setzt ihre Aktivitäten fort. Unterdessen wurden drei Nazigruppierungen durch die Regierung aufgelöst

Am Mittwoch, den 10. Juli 13 hat das französische Kabinett eine Verbotsverfügung gegen drei Nazigruppierungen erlassen: gegen die Kleinpartei Troisième Voie („*Dritter Weg“, d.h. zwischen Kapitalismus und Marxismus*) von Serge Ayoub und ihren schlagenden Arm Jeunesses nationalistes révolutionnaires (*JNR; „Revolutionäre nationalistische Jugend*“), sowie gegen den eingetragenen Verein Envie de rêver („*Lust zu träumen*“). Unter dem zuletzt genannten, poetisch klingenden Namen firmierte der Verein des Nazikaders Serge Ayoub, der die von ihm 2007 eröffnete Versammlungsstätte Le Local im 15. Pariser Bezirk verwaltete. Sowohl Troisième Voie als auch die JNR waren in den gewaltsamen Tod des jungen Antifaschisten Clément Méric am 05. Juni d. J. verwickelt: Der Urheber der tödlichen Schläge, Esteban Morillo, dürfte beiden Strukturen (der formelle Gliederungen aufweisenden Kleinpartei und der informellen Schlägertruppe) angehört haben.

Troisième Voie sowie die JNR hatten bereits am 25. Juni 13 ihre „Selbstauflösung“ bekannt gegeben, um einer staatlichen Verbotsverfügung „zuvorzukommen“ (*vgl. vergangene Ausgabe der AN*). Dies war insofern ein kluger taktischer Schachzug, als eine bloße Selbstauflösungserklärung – bei ausbleibendem offiziellem Verbot von staatlicher Seite – eine spätere Neu- oder Wiedergründung nicht ausgeschlossen hätte. Ferner wurde von vielen Beobachter/inne/n damals vermutet, durch das Manöver mit der Selbstauflösung wolle Ayoub seine Gruppenstrukturen (vorläufig?) opfern, doch sein sozio-kulturelles faschistisches Zentrum Le Local retten.

Der nun doch noch erfolgte Erlass einer gesetzlichen Verbotsverfügung erschwert diese Pläne. Tatsächlich sorgt das Bestehen eines offiziellen Auflösungsbeschlusses dafür, dass auch die Wiederbegründung einer einmal verbotenen Gruppierung zum Straftatbestand wird: Unter dem Titel Reconstitution de ligue dissoute wird sie mit empfindlichen Strafen bedroht.

Am Donnerstag, den 18. Juli gab unterdessen eine der betroffenen Gruppierungen – jene unter dem vermeintlich poetischen Namen Envie de rêver, unter ihrem Vorsitzenden Kévin Couette – bekannt, dass die vor dem Conseil d’Etat (dem obersten Verwaltungsgericht) Rechtsmittel gegen die Verbotsverfügung einlegt. Dabei fordere sie den Erlass einer Einstweiligen Verfügung gegen die Vollstreckung des Verbotsdekrets, und bereite zugleich eine Hauptverhandlung zur Diskussion über dessen Rechtmäßigkeit vor. Zur selben Stunde wurde bekannt, dass auch Serge Ayoub gegen die Verbote der beiden anderen Gruppierungen vor Gericht ziehen wolle: Es lägen keinerlei Beweise bezüglich der Vorwürfe, die gegen ‚Troisième Voie‘ und JNR erhoben würden, vor.

Offenkundig stellen die Nazis sich darauf ein, weiterhin Katz und Maus mit den Behörden zu spielen.

BS, Paris ■

Liste Boutin: Ein Schreckenskabinett kandidiert zum Europaparlament

Es ist Walpurgisnacht, und alle Untoten erwachen zum Leben, um einen schauerlichen Tanz hinzulegen: So lässt sich in Kurzform das Schreckenskabinett beschreiben, das sich jüngst zusammenfand, um eine gemeinsame Kandidatinnen- und Kandidaten-Liste zum Europaparlament aufzustellen.

Weniger literarisch ausgedrückt, lautet die Sache wie folgt. Am Donnerstag, den 11. Juli d.J. berief die rechtskatholische Politikerin Christine Boutin die Presse in das Café ‚Le Carré parisien‘ im 15. Pariser Bezirk ein. Zwei Tage zuvor, am 09. Juli, war sie vom Vorsitz ihrer Kleinpartei Parti Chrétien-Démocrate (PCD) zurückgetreten, um sich in das Abenteuer einer „überparteilichen“ Kandidatur stürzen zu können. Beim PCD handelt es sich um eine Splitterpartei, die jedoch als assoziiertes Mitglied (Kollektivmitglied) der stärksten bürgerlich-konservativen Sammelpartei in Frankreich – also der UMP – angegliedert ist.

Christine Boutin, die seit ihrer ersten Wahl zur Abgeordneten 1986 als führendes Mitglied der „Lebensschützerlobby“ (vulgo Abtreibungsgegner/innen) wirkte, war im Jahr 2002 als Präsidentschaftskandidatin ihrer Kleinpartei angetreten. Allerdings konnte Boutin dabei nur 1,2 Prozent der Stimmen sammeln. In den Jahren 2007 bis 2009 amtierte sie als Wohnungs- und Städtebauministerin unter dem damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy (UMP). Bekannt wurde Boutin vor allem dadurch, dass sie im Oktober 1998 während der Parlamentsdebatte über die Einführung des PACS (‚Pacte civil de solidarité‘) – eine Art eingetragener Lebenspartnerschaft, die hetero- wie homosexuellen Paaren zur Verfügung steht – 5 Stunden und 25 Minuten am Stück redete. Und mehr noch dadurch, dass sie während dieser Debatte in der Nationalversammlung eines laizistischen Staates die Bibel schwenkte, um das sündige Treiben anzuprangern. Ebenfalls bekannt wurde Christine Boutin in den letzten Monaten als virulente Gegnerin der Öffnung der Ehe auch für homosexuelle Paare und des Gesetzes dazu, das am 17. Mai 2013 in Kraft gesetzt wurde. In den Augen vieler Beobachter/innen sorgte Christine Boutin dabei allerdings wiederholt für eine lächerliche Erscheinung. Erst wurde in breiten Kreisen bekannt, dass die erzreaktionäre Katholikin seit Urzeiten mit ihrem leiblichen Cousin verheiratet ist – während ihr zufolge „die Ehe nichts mit Liebe zu tun hat“, sondern ausschließlich der Aufzucht von Kindern dient -, was nicht eben als attraktives Modell erschien. Dann fiel die Dame bei einer Demonstration am 21. April 13 auf den Champs-Elysées noch auf kameragerechte Weise ostentativ in Ohnmacht, weil einige hundert Meter weiter Tränengas eingesetzt worden war (gegen junge aufgebrachte Rechte, die versucht hatten, eine Absperrung zu durchbrechen). Komiker/innen haben seitdem wiederholt die Szene nachgespielt, und fielen auf der Bühne demonstrativ in Ohnmacht.

Für ihr Listenprojekt konnte Christine Boutin noch einige andere tiefgefrorene Monster gewinnen, die zur Europaparlamentswahl von Ende Mai 2014 aufgetaut werden sollen. Zu ihnen zählt der frühere Vizepräsident des Front National (FN), der Steuerrechtsexperte und Professor an der Universität Paris-2 (Assad), Jean-Claude Martinez. Martinez wurde im November 2008 aus der rechtsextremen Partei ausgeschlossen, weil er – vor dem Hintergrund der damaligen heftigen innerparteilichen Konflikte – zu den Europaparlamentswahlen im Juni 2009 eine Konkurrenzkandidatur gegen Marine Le Pens Lebensgefährten Louis Aliot vorbereitete.

Front National

Die rechtsextreme Partei erstattet Strafanzeige gegen die linke Internetzeitung 'Médiapart', die eine Zweckmittelentfremdung durch ihre Fraktion im Europaparlament nachwies. Ihrem Ruf dürfte dies dennoch nicht zuträglich sein. Unterdessen spielt ihr jedoch die Gerüchteküche rund um den Bahnunfall in Brétigny in die Hände

Wollen Sie gerne 5000 Euro im Monat verdienen? Für eine Arbeitszeit von 17,5 Stunden wöchentlich? Dann willkommen beim Front National (FN), genauer, bei seiner Fraktion im Europäischen Parlament. Nein, nicht dass wir Ihnen zuraten würden, für gerade diesen Arbeitgeber tätig zu werden… Letztendlich dürften Milch und Honig dort allerdings auch nicht für jede/n Erstbesten fließen. Aber für einen Louis Aliot schon, denn um sein fürstliches Gehalt für eine Teilzeitstelle als Fraktionsmitarbeiter geht es an dieser Stelle. Natürlich ist dies keinem Zufall geschuldet, sondern eher der Tatsache, dass der 43jährige promovierte Jurist nicht nur Vizevorsitzender der rechtsextremen Partei ist, sondern auch der Lebensgefährtin der obersten Chefin: Marine Le Pen.

Am 18. Juli 13 publizierte die, eher linke, Internetzeitung Médiapart entsprechende Informationen dazu (vgl. http://www.mediapart.fr/journal/france/160713/marine-le-pen-en-plein-conflit-dinterets-au-parlement-europeen), und suggerierte eine unangemessene Verwendung von Mitgliedern des Europaparlaments. Die Parteispitze des Front National reagierte darauf mit der Ankündigung einer Strafanzeige, wegen übler Nachrede. Den schlechten Eindruck, den diese Affäre erweckte, dürfte dies freilich nicht wegwischen.

Unterdessen profitiert der Front National allerdings von Vorgängen des aktuellen Geschehens, und dies mutmaßlich nicht zu knapp. Dazu zählt der schwere Bahnunfall in Brétigny-sur-Orge, im südlichen Pariser Umland. Am Abend des Freitag, den 12. Juli entgleiste dort ein Regionalzug Paris-Limoges; der Unfall forderte sechs Tote und mehrere Dutzend Verletzte. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Unglück auf eine defekte Weiche zurückzuführen – und deren Zustand wiederum darauf, dass die französische Bahngesellschaft SNCF in den letzten dreißig Jahren alle Mittel auf den Ausbau der teuren Hochgeschwindigkeitszüge (TGV) konzentrierte, und vor allem das regionale Streckennetz im Pariser Umland unterdessen vor sich hin verrottete.

Die Gerüchteküche zum Brodeln bringt allerdings nicht so sehr die (wahrscheinliche) Ursache des Unglücks, sondern einige ihrer Begleitumstände. So hielt sich über Wochen lang hartnäckig das Gerücht, „Jugendliche" – der generische Begriff 'des jeunes' bezeichnet inzwischen in den Augen breiter Kreise Einwandererjugendliche aus den Sozialghettos der Vorstädte – hätten Opfer des Unfalls ausgeraubt und Leichen geplündert. Rechte Medien im Internet, aber auch viele Kommunikationsforen im Netz borden seitdem von wüsten Sprüchen nur so über. Etwa der Blog von Gérard Brazon, ehemaliger Lokalpolitiker der bürgerlich-konservativen UMP, jetzt Spitzenkandidat einer Liste des Front National im westlichen Pariser Umland bei den Kommunalwahlen im März 2014: „Bretigny: Die Hyänen, Dreckstücke, Schweinehunde von 'jeunes' rauben Tote aus, greifen Feuerwehrleuteund Polizisten an."

Diese angeblichen Informationen wurden kurz darauf durch die Regierung dementiert, ebenso wie durch die Einsatzleitung. Lediglich ein einziger Fall sei bekannt, den Diebstahl des Handys einer Rettungsarztes betreffend, wurde von offizieller Seite erklärt. Aber Ende vergangener Woche wurde die Gerüchteküche erneut angeworfen: Ein Beamter der kasernierten Bereitschaftspolizei (CRS) behauptete in den Medien, bei der Ankunft seiner Einheit sei die Polizei von 'jeunes' attackiert worden, die „das Eintreffen der Rettungsdienste behindert" hätten. Dies wurde allerdings schnell entkräftet: Die Rettungseinsätze begannen um 17.30 Uhr. Dagegen traf die CRS-Einheit, welcher der betreffende Beamte angehört, überhaupt erst um 19 Uhr vor Ort ein (von der Bezirkshauptstadt Evry her kommend).

Eine andere Vision, die die umstrittenen Tatsachen und die unterschiedlichen Versionen aufklären könnte, wiederum liefert die sozialdemokratische Tageszeitung 'Libération' in ihrer Ausgabe vom Wochenende des 20./21. Juli. Sie schreibt unter Berufung auf Augenzeugenberichte, es hätten sich junge Leute unmittelbar zum Unfallzeitpunkt am verunglückten Zug befunden, die sich ins Innere der Waggon gestürzt hätten – allerdings nicht, um Tote oder Verletzte auszuplündern, sondern um Insassen zu helfen, unter denen sie Bekannte hatten. Von den eintreffenden Polizisten, die möglicherweise Anderes annahmen oder befürchteten, seien sie jedoch unter Einsatz von Knüppeln und Tränengas vertrieben worden. Genau dies habe zu den geschilderten Szenen von (kurzfristigen) Auseinandersetzungen geführt.

Das Brodeln de Gerüchteküche kann unterdessen nur der extremen Rechten, mit ihrem Hang zu Rassismus ebenso wie jenem zu Verschwörungstheorien, in die Hände spielen. FN-Chefin Marine Le Pen prangerte bereits eine „Strategie der Vertuschung missliebiger Tatsachen von Staats wegen" in diesem Zusammenhang an.

BS, Paris ■

Eine kleine Korrektur

In der vergangenen Ausgabe datierten wir ein Interview des Bürgermeister von Nizza (UMP), Christian Estrosi, mit Sprüchen über Sinti fälschlich auf den 06. Juli d. H. Es stammt in Wirklichkeit

---

Bei den Regionalparlamentswahlen im März 2010 trat er im Raum Montpellier mit einer eigenen Liste(gegen den FN) an; diese erhielt jedoch nur 0,74 Prozent.

Danach befragt, ob Marinez' langjährige Vergangenheit beim Front National in ihren Augen kein Hindernis für seine Kandidatur darstelle, erwiderte Christine Boutin bei ihrem Auftritt vor der Presse, dies störe sie nicht. Es stelle „überhaupt kein Problem" dar, denn schließlich sei auch der Jungpolitiker Guillaume Peltier (knapp 37) beim FN gewesen – jener aber sei heute Vizepräsident der UMP. Wenn das Sündenregister der Einen, das Kerbholz der Anderen rechtfertigt…

Neben Christine Boutin und Jean-Claude Martinez trat am 11. Juli auch Béatrice Bourges mit vor der Presse. Die 52jährige Schiffsschraube, nein falsch: Schreckschraube war im Frühjahr 2013 „die" Galionsfigur der neu gegründeten Bewegung Le Printemps français („Französischer Frühling"), die ab Ende März dieses Jahres den rechten Flügel der Bewegung gegen die Homosexuellenehe bildete. Diese Bewegung ist bis heute, auch zwei Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, noch immer nicht abgeklungen. Anlässlich der letzten Etappe des Radrennes Tour de France am Sonntag, den 21. Juli zwischen Versailles und Paris standen mindestens mehrere Hunderte von Aktivist/inn/en entlang der Strecke mit Fahnen und Transparenten Spalier. Zuvor hatten andere Aktivisten der Anti-Homoehe-Bewegung bei der Etappe am Mont Ventoux, in Südfrankreich, Transparente gehisst. Am 30. Juni hatte die Bewegung zuvor einen Autokorso durch die Pariser Innenstadt veranstaltet. Béatrice Bourges (vgl. http://www.lemonde.fr/societe/ article/2013/04/19/beatrice-bourges-l-autre-egerie-des-anti-mariage-gay_3162237_ 3224.html), die eine frappierende Ähnlichkeit mit dem deutschen Komiker Otto Waalkes aufweist, kann zwar nicht eben als Sexsymbol gelten, ist jedoch politisch ein „Star" der reaktionären Protestbewegung.

Ferner lässt sich noch die Präsenz von Patrick Louis, des Generalsekretärs der rechtskatholischen Kleinpartei Mouvement pour la France (MPF, „Bewegung für Frankreich") des Grafen Philippe de Villiers bei dem Auftritt am 11. Juli erwähnen. Auch er soll auf der Liste präsent sind. Thematisch will diese sich u.a. „der Familienpolitik" und „dem Lebensschutz" widmen.

BS, Paris ■

Gefängnis im Herkunftsland droht

Am Donnerstag, 11. Juli 2013 wurde S. N.in der Asylunterkunft Heldmanstraße in Detmold überraschend und vor aller Augen verhaftet. Er wurde ins Abschiebegefängnis Büren verbracht und soll am 22. Juli nach Kasachstan abgeschoben werden, obwohl er eine freiwillige Ausreise vorbereitete.

Viele Menschen empfinden dieses Vorgehen der Stadt Detmold als erschütternd.

S.N. lebt seit insgesamt 10 Jahren in Deutschland. Seit 2008 lebt er durchgehend in Detmold und kooperiert mit der Ausländerbehörde. Er ist 66 Jahre alt und 2003 als damaliger Oppositionspolitiker aus Kasachstan geflohen. In den letzten Jahren hat er sich auch für Asylbewerber in Detmold und in Lippe engagiert.

Nachdem zwischenzeitlich deutlich geworden war, dass das deutsche Ausländerrecht ihm kein dauerhaftes Bleiben in Deutschland ermöglichen wird, plante er zuletzt eine freiwillige Ausreise. Nach einem Vorgespräch im April sollte ein entscheidender Botschaftstermin in Berlin am Freitag, 19. Juli stattfinden, um mögliche persönliche Sicherheiten abzuklären.

Eine Stunde vor einem vereinbarten Vorsprechen beim Ausländeramt wurde S.N. am 11. Juli in aller Öffentlichkeit der Asylunterkunft verhaftet und in Abschiebehaft genommen. Das Haus wurde umstellt, er durfte nichts mitnehmen, auch nicht Brille oder Adressbuch. Die Abschiebung ist für kommenden Montag (22.7.) fest terminiert. Die Option einer geordneten Ausreise mit Sicherheitsgarantien ist jetzt zerstört, selbst die Möglichkeit einer Weiterreise in ein anderes Land ist verhindert. Gefängnis im Herkunftsland droht konkret.

Bei einer kurzfristig angesetzten Mahnwache auf dem Detmolder Marktplatz drückten am Montag, 15. Juli über 100 Menschen ihre Erschütterung über dieses Handeln aus. Sie forderten von der Stadt Detmold:

- S. N. muss unverzüglich aus der Abschiebehaft freigelassen werden!
- Die Abschiebung am 22.7. muss ausgesetzt werden.
- Wenn nichts anderes mehr geht muss zumindest eine freiwillige Ausreise ermöglicht werden.

Die Gespräche mit der Stadt Detmold laufen sehr stockend. Bisher hat diese keinerlei Signale gesendet, eine Freilassung aus der Abschiebehaft und eine humanitäre Lösung ermöglichen zu wollen. Im Gegenteil steht zu befürchten, dass die Abschiebung am kommenden Montag wirklich durchgeführt werden soll.

Darum ruft die Flüchtlingshilfe Lippe e.V. stellvertretend für viele Unterstützer/innen von S.N. zu einer Demonstration am Samstag, 20. Juli 2013 auf, mit der die Anliegen noch einmal bekräftigt werden sollen. …

Kontakt: Flüchtlingshilfe Lippe e.V., E-Mail: wachbleiben@fluechtlingshilfe-lippe.de; www.wachbleiben.info Spendenkonto: Kontonummer: 462 173 11; Bankleitzahl: 47650130 (Sparkasse Detmold), Stichwort: wach bleiben

PM Flüchtlingshilfe Lippe e.V.17.7.'13 ■

Wahlkampf nicht auf dem Rücken von Minderheiten

Der DGB und das Bündnis „Netz gegen Rassismus" fordern die Parteien im Wahlkampf zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit Migration und Integration auf. „Respekt und Vielfalt gehören zu den Grundwerten unserer demokratischen Gesellschaft", heißt es in der gemeinsamen Erklärung, die von 22 Organisationen und Verbänden unterzeichnet wurde. „Auch in Wahlkampfzeiten gilt: Zur Bewältigung ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme ist eine sachliche und lösungsorientierte Auseinandersetzung über die besten Wege erforderlich und nicht eine Debatte, in der Sündenböcke gesucht werden und die auf dem Rücken von Minderheiten geführt wird."

Zu den Unterzeichnern zählen u. a. Michael Sommer (DGB), Romani Rose (Zentralrat Deutscher Sinti und Roma), Dieter Graumann (Zentralrat der Juden in Deutschland), Aiman A. Mazyek (Zentralrat der Muslime in Deutschland) und Jürgen Miksch (Interkultureller Rat).

Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Die Unterzeichner der Erklärung verurteilen alle Versuche, durch verkürzte Forderungen oder mit Pauschalzuschreibungen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu stigmatisieren und auszugrenzen. Dies gilt unabhängig davon, ob sie von rechtsextremen Parteien oder von Kandidatinnen und Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien ausgehen."

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juli/August 2013" ■

Pro Asyl, Interkultureller Rat und DGB zur Bundestagswahl 2013

In einem Positionspapier zur Bundestagswahl fordern Pro Asyl, der Interkulturelle Rat in Deutschland und der Deutsche Gewerkschaftsbund einen Politikwechsel in der Einwanderungs-, Aufenthalts- und Flüchtlingspolitik sowie bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus. Mitte Juni wurde das Papier in Berlin vorgestellt.

Der Diskriminierungsschutz müsse ausgeweitet und verstärkt werden: Die Reichweite des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist auf den Bildungsbereich und andere Felder staatlichen Handelns auszuweiten, so die drei Organisationen. Daneben müsse das AGG um eine umfassende Möglichkeit der Verbandsklage erweitert und die Frist zur Anzeige auf 12 Monate verlängert werden. Die Beweislast vor Gericht – durch Anbringung von Indizien – soll dem Papier zufolge auf den Beklagten übergehen. Schließlich fordern die Organisationen eine bessere finanzielle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), damit sie arbeitsfähig ist.

Beim Flüchtlingsschutz steht die freie Einreise Schutzsuchender in die EU im Vordergrund. Rückführungsabkommen, Zurückweisung und Einreiseverweigerungen müssten der Vergangenheit angehören. Ebenso sollten die Zahl der Kontingentflüchtlinge ausgeweitet und die Inhaftierung von Flüchtlingen beendet werden.

Ein weiterer Punkt. Die aufenthaltsrechtlichen Hemmnisse zur Partizipation in Arbeitswelt und Gesellschaft müssen abgebaut werden. Dies kann über die Möglichkeit eines Daueraufenthalts für alle Migrantengruppen erreicht werden. Dabei muss allen der Zugang zu Integrationsmaßnahmen ermöglicht werden. Für das geforderte transparentere Zuwanderungsverfahren soll ein System zur menschenrechtlichen und kriterienbezogenen Erteilung einer Daueraufenthaltserlaubnis – sprich Punktesystem – geschaffen werden.

Grenzüberschreitender Arbeitskräfteeinsatz dürfe nicht länger zu Lohndumping führen. Deshalb sei ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Kontrolle der Unternehmen und eine verstärkte Haftung der Auftraggeber bei Verstößen durchzusetzen. Auch grenzüberschreitend eingesetzte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigten Zugang zu Beratung, einem festen Aufenthaltsstatus und den Zugang zu Integrationsmaßnahmen.

Das Positionspapier gibt es in einer Lang- und in einer Kurzfassung. Es ist auf den Internetseiten der beteiligten Organisationen veröffentlicht.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juli/August 2013" ■

Gestiegene Asylantragszahlen: Friedrich schürt Ressentiments

Gestiegene Asylantragszahlen im ersten Halbjahr 2013:

Innenminister Friedrich unterstellt reflexhaft massenhaften Asylmissbrauch und schürt damit Ressentiments gegen Flüchtlinge

Angesichts der deutlich gestiegenen Asylantragszahlen folgert Innenminister Friedrich, nun müsse „der Aufenthalt de-

rer, die nur aus missbräuchlichen oder asylfremden Gründen zu uns kommen, schnell beendet werden.“ Friedrich unterstellt damit, der Anstieg sei auf massenhaften Asylmissbrauch zurückzuführen. Das schürt Ressentiments gegen Asylsuchende. Wie gefährlich dies ist, zeigen Proteste gegen Asylbewerberunterkünfte in Berlin-Hellersdorf und an anderen Orten, bei denen rassistische Untertöne an der Tagesordnung sind.

Nicht die Schutzsuchenden sind verantwortlich für die hohen Asylantragszahlen, sondern die Situation in ihren Herkunftsländern. Die hohe Zahl von Asylanträgen aus der Russischen Föderation geht auf die katastrophale Menschenrechtslage im Nordkaukasus zurück. In Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien herrschen Willkür und Verfolgung von staatlicher Seite und Gewalttaten seitens islamistischer Gruppen. An zweiter und dritter Stelle der Hauptherkunftsländer stehen Syrien und Afghanistan.

Mit seiner Aussage bekräftigt Friedrich zugleich seine bisherige Strategie, Asylsuchende aus vermeintlich sicheren Herkunftsregionen in Schnellverfahren zu priorisieren und Verfahren von Schutzsuchenden mit guten Anerkennungschancen auf die lange Bank zu schieben. Dies hat schon in den ersten Monaten des Jahres zu einer nochmals drastischen Verlängerung der Asylverfahrensdauer gerade für diejenigen geführt, die relativ gute Anerkennungschancen haben. Die Strategie Friedrichs unterwirft die einen Flüchtlinge voreingenommenen Schnellverfahren, die anderen verlieren Jahre ihres Lebens in permanenter Ungewissheit.

Quelle: Pressemitteilung PRO ASYL 16.07.2013 ■

Sammelabschiebung nach Serbien

Erst kurzfristig ist bekannt geworden, dass am 09.07.2013 wieder eine Sammelabschiebung nach Serbien stattfinden wird.

Auch die ohnehin schon monatlich angesetzten Sammelabschiebungen vom Düsseldorfer Flughafen scheinen den Behörden noch nicht zu genügen, in einem ungeheuren Tempo werden Menschen massenhaft in Verhältnisse abgeschoben, die alles andere als menschenwürdig sind!

Erst im Juni waren Vertreter_innen des Roma Center Göttingen e.V. zusammen mit Rechtsanwält_innen, einer Ärztin, Journalist_innen und Vertreter_innen von NGOs in Serbien und haben sich ein Bild von der Situation vor Ort gemacht!

K. Emini vom Roma Center Göttingen dazu: „Auf dem Papier mögen die offiziellen Programme in Serbien gut aussehen, vor Ort aber ist keine Verbesserung der Lage der Roma zu sehen. Aber das ist es, was zählt. Insofern gebieten die humanitäre Lage sowie die politische Diskriminierung der Roma in Serbien, dass alle Roma hier bleiben.” -



Darum fordern wir euch auf:

- Setzt euch gegen Abschiebungen ein!
- Protestiert morgen am Düsseldorfer Flughafen!
- Nehmt eine derart menschenunwürdige Politik nicht hin!
- Boykottiert Airlines die Abschiebungen durchführen und sich an dem dreckigen Geschäft beteiligen!
- Für ein bedingungsloses Bleiberecht!
- Alle bleiben!

Seid wachsam und unterstützt Betroffene in eurer Nähe!

Quelle: www.alle-bleiben.info 08.07.2013 ■

Bitterfeld: Planung Flüchtlingsdemonstration

Wir Flüchtlinge im Landkreis Bitterfeld werden gezwungen in isolierten Lagern zu wohnen, die mitten im Wald, fernab von Einkaufmöglichkeiten, Ärzten und sonstigen Orten gesellschaftlichen Lebens liegen. Die Situation in den Lagern ist sehr schlecht. Die Zimmer sind klein und überbelegt. Die Küchengeräte, Toiletten und Bäder sind kaputt oder zu wenige. Die Heimleiter der Lager im Landkreis Bitterfeld kontrollieren und bedrohen uns. Sie missachten unsere Privatsphäre.

Uns ist es durch die sogenannte „Residenzpflicht“ untersagt, Sachsen-Anhalt zu verlassen. Unsere Bewegungsfreiheit ist damit massiv eingeschränkt. Durch rassistische Polizeikontrollen werden wir immer wieder schikaniert.

Wir dürfen, obwohl wir bereits mehrere Jahre in Deutschland sind und arbeiten wollen, nicht arbeiten und keine Ausbildung anfangen. Wir wollen uns und unsere Familien selbst ernähren und unterstützen.

Deshalb sagen wir, die Flüchtlingsbewegung Sachsen-Anhalt: „Genug ist Genug!“ hört auf unser Leben zu zerstören

Wir organisieren eine Demonstration für den **1. August 2013 in Bitterfeld**. Beginn der Demonstration ist um 10:30 Uhr am Bahnhof.

Unsere Forderungen sind:

- Lager abschaffen!
- Residenzpflicht abschaffen!
- Rassistische Polizeikontrollen stoppen!
- Arbeitserlaubnisse verteilen!
- Stoppt Abschiebungen
- Bleiberecht für Alle

Unterstützt unseren Kampf für die Rechte von Flüchtlingen!

Quelle: http://thecaravan.org 16.07.2013 ■

Libysche Flüchtlinge

„Wir wollen Teil der Gesellschaft sein“

Libysche Flüchtlinge treten in die Gewerkschaft ver.di ein.

Die als Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ bekannt gewordenen Flüchtlinge aus Libyen haben sich entschieden, Mitglied der Gewerkschaft ver.di zu werden. Die ca. 300 Flüchtlinge haben in Libyen gearbeitet als Ingenieure, Journalisten, Automechaniker, Bauarbeiter oder Friseure und hatten nie die Absicht nach Deutschland zu kommen. Der Krieg gegen Libyen hat ihnen dann keine andere Wahl gelassen.

„Mit diesem Schritt“, so Asuquo Udo, einer der Sprecher der Flüchtlinge, „zeigen wir, dass wir Teil der Gesellschaft in Hamburg sein wollen und auf Unterstützung setzen. Wir können und wollen nicht zurück in ein Elend – sei es in Italien oder in afrikanischen Staaten.“

Dazu der ver.di-Fachbereichsleiter für Besondere Dienstleistungen Peter Bremme: „Wir heißen die Flüchtlinge willkommen und wollen die Beschäftigten in Hamburg mit den neuen Mitgliedern aus Libyen in einen Dialog bringen, um die Forderungen der Flüchtlinge auf eine breitere Basis zu stellen. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen der Geflüchteten aus Libyen auf Wohnung, freien Zugang zum Arbeitsmarkt, freien Zugang zu Bildung, freien Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung und freier Wahl des Aufenthaltsortes bzw. Wohnortes innerhalb der EU.“

„Hamburg hat die Chance, zu zeigen“, so Bremme weiter, „dass eine hanseati-



sche „Willkommenskultur“, die Menschen nicht nach Nützlichkeitsaspekten sortiert. Die Politik kann den Weg frei machen durch Aktivierung des § 23 Aufenthaltsgesetz. Das ermöglicht den Flüchtlingen legalen Aufenthalt in Hamburg.“

Aus der Grundsatzerklärung von ver.di 2010 heißt es:

„Alle Menschen sollen frei von Armut und Not, von Ausbeutung und Unterdrückung leben. Sie haben das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, auf Anerkennung und Respekt.“

Sie endet mit den Worten:

„Wir laden dazu ein, sich mit uns gemeinsam für diese Werte und Leitbilder einzusetzen und die Zukunft zu gestalten.“

Quelle: Pressemitteilung http://hamburg.verdi.de 10.07.2013 ■

Initiative Roma Thüringen gegründet

Am 8.6.2013 gründeten wir die Initiative Roma Thüringen. Das Volk der Roma hat keinen eigenen Staat und muss auf eine jahrhundertelange Geschichte der Verfolgung zurückblicken. Die Geschichte der Vernichtung der Roma zur Zeit Nazideutschlands hatte trotz der Einweihung einer Gedenkstätte in Berlin bisher niemals eine gesellschaftspolitische Debatte zur Folge. Mit der Gründung der Initiative beabsichtigen wir unsere Sichtweise in die Debatte der menschenunwürdigen Ausgrenzung der Roma in Deutschland einfließen zu lassen und die strukturelle Verweigerung regulärer Asylverfahren anzuklagen. Die Initiative fordert: 1. reguläre Asylverfahren für alle Roma! 2. Abschiebestopp und keine erzwungene „freiwillige” Ausreise 3. ein Leben ohne Verfolgung und Diskriminierung! 4. Abschaffung der Residenzpflicht für alle! 5. Raus aus den Lagern! Wohnungen mit Privatsphäre für alle! 6. Gleicher Zugang zu Bildung und Recht auf Arbeit 7. freier Zugang zu medizinischer Versorgung Zusammengefasst fordern wir das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben! Mit unserer Initiative wollen wir die Roma-Community stärken und motivieren sowie Menschen in Deutschland solidarisieren.

Solidarität mit der „BREAK ISOLATION“-Bewegung!

Freiheit für alle Abschiebehäftlinge!

Es ist nahezu 70 Jahre her, als Nazi-Deutschland die Roma auf ihrem Weg zu einem besseren Leben gestoppt haben und alle bisherigen Bemühungen zerstörten. Spätestens jetzt im 21.Jh ist es Zeit wieder aufzustehen und den Weg hin zu einem neuen Selbstbewusstsein zu beschreiten, den Erfolg zurückzugewinnen und den Stolz und die Gerechtigkeit die wir verloren haben zurückzuholen.

Romengo Drom – der „Weg der Roma” wird in Jena, Thüringen beginnen: das erste Treffen der Roma Community wird am 17. Juli ab 14 Uhr auf dem Ernst-Abbe-Campus der Universität stattfinden.

Vom 25. bis 27. Juli 2013 werden folgende öffentliche Aktionen abgehalten: – Am 25. Juli 14:00 Uhr Kundgebung vor der Ausländerbehörde Jena „Warum behandelt ihr uns so schlecht?“ – Am 26. Juli von 14:00 bis 20:00 Uhr wird eine offene Roma-Konferenz über die Situation der Roma in Thüringen und den weiteren Weg unseres Protestes Stattfinden (Roma Thüringen Tour 2013 – Romengo Drom 2013) – Am 27. Juli um 15:00 Uhr: Demonstration in Jena

Quelle: news@alle-bleiben.info 15.07.2013 ■

Familientrennung durch Abschiebung

Gestern Morgen sind ein tschetschenischer erwachsener Vater und seine vier Kindern aus Wandlitz nach Polen abgeschoben worden, obwohl die Mutter noch im Bernauer Krankenhaus liegt.

Mathis Oberhof vom Runden Tisch Toleranz Wandlitz schreibt in einer Pressemitteilung dazu: „Viele von uns, die wir uns seit Monaten um eine menschliche Willkommens-Kultur bemühen, sind schockiert und traurig über eine Aktion, deren Rechtmäßigkeit zumindest Zweifel zulässt. (…)

Als wir am Pfingstmontag mit 250 anderen Wandlitzerinnen und Wandlitzern gesungen haben: „We shall not be moved“, meinten wir nicht nur, dass wir nicht vor Rassismus zurückweichen. Wir meinten auch, dass unsere Neubürger nicht weg- und abgeschoben werden dürfen. Wenn am 8.August der nächste *Runde Tisch der Toleranz* tagt, hat er auch die Aufgabe zu beraten, wie Asylbewerber vor ungesetzlichen Abschiebungen künftig geschützt werden können.“

Er geht davon aus, dass die nächtliche Abschiebung der tschetschenischen Familie im Widerspruch zu den gesetzlichen Regelungen stehen, die vorsehen, dass Familientrennungen zu vermeiden sind, und hat sich in einem Brief heute an Bundes- und Landtagsabgeordnete mit der Bitte um Hilfe gewandt. Diese Abschiebung erinnert an eine ebenso grausame Abschiebung einer (halben) tschetschenischen Famile nach Polen, während die schwangere Mutter der drei Kinder in Bayern blieb. In einer Reportage in der Zeit erfahren wir, was vermutlich auch die tschetschenische Familie aus Wandlitz in Polen zu erwarten hat: „Der Polizeiwagen fährt weiter an den Stadtrand, wo kasernenartige Gebäude stehen, drei Stockwerke hoch, umgeben von einem meterhohen Zaun. Die Fenster sind vergittert. Hier landen Flüchtlinge, die sich nicht an die Dublin-Verordnung gehalten haben, die selbst entscheiden wollten, in welchem europäischen Land sie Zuflucht suchen, und deshalb die Grenze überschritten. Die meisten sind Tschetschenen. „Bewachtes Verwahrungszentrum” nennt der polnische Grenzschutz die Häuser. Der Unterschied zu einem Gefängnis ist klein. Ruslan Magomadow und seine drei Kinder sind eingesperrt, 23 Stunden am Tag, für eine Stunde dürfen sie in den Hof.” (Zeit 14.06.2013)

Wir hoffen deshalb sehr, dass es den WandlitzerInnen gelingen wird ihre tschetschenischen Nachbarn zurück nach Wandlitz zu holen.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de ■

Racial Profiling: Beschwerdebrief-Aktion

Die Wahrnehmung von Racial Profiling in der Öffentlichkeit wächst. Das Rassismus nicht nur in den Köpfen der Menschen, sondern auch im Handeln des Staates fortbesteht, hat vergangene Woche auch das Deutsche Institut für Menschenrechte in einer Studie festgestellt. „Offene Grenzen für die drinnen, umso härtere Abwehr nach außen und diskriminierende Kontrollen gegen alle, die vorgeblich nicht „zu uns“ gehören“, kommentierte Andrea Dernbach im Tagesspiegel.

Die Forderung des Deutschen Institutes für Menschenrechte, die Rechtsgrundlage für verdachtsunabhängige Personenkontrollen der Bundespolizei abzuschaffen, ist gerechtfertigt – auch wenn die Deutsche Polizeigewerkschaft erneut vor „dramatischen Folgen und gesellschaftlichen Verwerfungen“ warnt. Wir sehen das anders. Erst im Mai 2013 hatte die Polizei in ihrer Kriminalitätsstatistik, einen falschen Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltbereitschaft gezogen. „Manche, wie Asiaten beispielsweise, neigen wenig zu Gewalt, Süd- und Osteuropäer statistisch gesehen etwas mehr“, hatte Polizeipräsident Klaus Kandt vor dem Innenausschuss verlautbart. In unseren Augen wird

es Zeit, dass sich Deutschland endlich mit dem Thema Rassismus in der Polizei(ausbildung) befasst.

Kampagne geht in die zweite Runde – „Racial Profiling kostet"

...nicht nur die Menschen, die diskriminierende Polizeimethoden erfahren, sondern in Zukunft auch diejenigen, die sie durchführen. Mit diesem Ziel geht die Kampagne „Stop Racial Profiling" in die nächste Runde. Es handelt sich dabei um eine von der Kampagne Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) initiierte Beschwerdebrief-Aktion an die Bundespolizei, die Menschen auf einem niedrigschwelligen Niveau handlungsfähig machen und das strukturelle Problem des Racial Profiling sichtbar machen soll.

Die erste Ankündigung auf dem Afrikanischen Kulturfest am vergangenen Wochenende in Frankfurt stieß bereits auf positive Resonanz und großes Interesse. Dort wurde auch der erste Dokumentarfilm über Racial Profiling „ID without colours" von Ricardo Valsecci gezeigt, der kürzlich seine Premiere in Berlin feierte und nun ebenfalls Teil der neuen Öffentlichkeits-Offensive ist.

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)
Die Kampagne für Oper rassistischer Polizeigewalt (KOP)
Quelle: ari-berlin-dok@gmx.de 15.07.2013 ■

Hier fehlt ein Schiff!

Traditionssegelschiff „Lovis" liegt weiterhin in Greifswald fest – jetzt wurde das interkulturelle Festival im Hamburger Hafen abgesagt. Mit einem Sommerfestival vom 18.-21.07.2013 in Hamburg wollte das Bildungsschiff „Lovis" seine Sommerreise zum Thema „Flucht und Migration" starten. Der seit Monaten geplante internationale Jugendtörn sollte entlang der Nordseeküste bis nach Calais in Frankreich führen. Doch das Tor zur Welt bleibt für die „Lovis" nun verschlossen. Die Auftaktveranstaltung findet nur noch mit stark gekürztem Programm statt. Der Veranstaltungsflyer liest sich vielversprechend: Ausfahrten mit jungen Flüchtlingen, Workshops mit Menschenrechtlern aus Calais und Filmabende auf dem Großsegel mit anschließender Diskussionsrunde. „Die ‚Lovis' ist nicht nur ein Segelschiff, sondern auch ein Ort, an dem viele Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen zueinander finden und sich austauschen können", sagt Anne Leutloff, Kulturwissenschaftlerin und Mitglied der Lovis-Crew. Das ernste Thema „Flucht und Migration" sollte von unterhaltsamen Programmpunkten wie Konzerten und Filmabenden aufgelockert werden.

„Wir haben sehr viel Zeit und Energie in die Organisation dieses Wochenendes gesteckt und nun ist alles hinfällig", sagt Nadja Bülow von Moviemiento, einem Berliner Wanderkino, das Kurzfilme an ungewöhnlichen Orten zeigt. „Die Filme der jungen Filmemacher auf dem Segel der ‚Lovis' zu zeigen, das war eines unserer Highlights für diesen Sommer." Was ist passiert? Seit Jahren verwehrt die Berufsgenossenschaft Verkehr vielen Traditionsschiffen auf der Basis von intransparenten und nicht nachvollziehbaren Kriterien die Erteilung von sog. Sicherheitszeugnissen. Der Bestand an Schiffen ist dadurch bereits auf etwa die Hälfte geschrumpft.

Trotz der vom Bundesverkehrsministerium (BMVBS) bereits am 27.06.2013 in Aussicht gestellten Erteilung von Zwei-Jahres-Sicherheitszeugnissen hat die „Lovis" bisher keine Fahrterlaubnis von der zuständigen Berufsgenossenschaft Verkehr erhalten und liegt noch immer im Greifswalder Museumshafen fest.

„Die Ankündigung, dass unbürokratisch vorgegangen wird und wir bald wieder fahren dürfen, hat sich nicht bewahrheitet" sagt Annika Härtel, Bootsfrau der „Lovis".

Durch die Abwesenheit der „Lovis" reduziert sich das Programm des ursprünglich viertägigen Festivals auf zwei Veranstaltungen am Sonntag.

Quelle: PMSommerstopp Flüchtlingsrat Hamburg e.V. 16.07.2013 ■

Griechenland setzt Leben von Flüchtlingen aufs Spiel

Neuer Amesty-Bericht: Über Hundert Menschen im vergangenen Jahr auf dem Weg nach Griechenland ertrunken – EU mitverantwortlich

Die griechische Küstenwache macht Flüchtlingsboote manövrierunfähig und schiebt sie in türkische Gewässer zurück. Sie setzt damit das Leben von Männern, Frauen und Kindern aus Ländern wie Syrien und Afghanistan aufs Spiel, das stellt ein heute vorgestellter Amnesty-Bericht fest. Über 100 Menschen sind seit August 2012 ertrunken als sie versuchten, Griechenland zu erreichen.

„Die Geschichten hinter diesen sogenannten ‚Push-backs' sind schockierend", sagt Franziska Vilmar, Asylexpertin von Amnesty International in Deutschland. „Unsere Recherchen zeigen, dass die griechische Küstenwache internationales Recht schamlos ignoriert, Boote manövrierunfähig macht und in türkische Gewässer zurückdrängt. Dadurch verhindert sie, dass Flüchtlinge Asyl beantragen können und setzt Menschenleben aufs Spiel."

Amnesty dokumentiert 39 Vorfälle, in denen Menschen beim Versuch, die Ägäis oder den Fluss Evros zu überqueren, in türkische Gewässer zurückgedrängt wurden. Ein Beispiel ist der Fall eines 17-jährigen Afghanen. Er versuchte, gemeinsam mit seinen jüngeren Geschwistern mit einem Boot von der Türkei nach Griechenland zu fahren. Die Küstenwache entdeckte das Boot und schlug die Insassen. Anschließend montierten die Beamten den Motor ab und ließen die 42 Insassen, darunter Kinder, hilflos im offenen Meer treiben. Schließlich wurden sie von der türkischen Küstenwache festgenommen.

Darüber hinaus stellt der Bericht fest, dass auch Asylsuchende, die schon seit Jahren in Griechenland sind, von kollektiven Ausweisungen betroffen sind. „Menschen werden willkürlich auf der Straße aufgegriffen und, wenn sie sich nicht ausweisen können, zur Grenze gefahren und dort ausgesetzt", sagt Vilmar.

„Die EU-Staaten scheinen ganz froh darüber zu sein, dass die Griechen die Drecksarbeit für sie machen. Sie stellen sich blind für die Methoden, die Griechenland anwendet, um die Grenzen gegen Flüchtlinge und Migranten abzuschotten. Statt wegzusehen, muss die Europäische Union Maßnahmen ergreifen, um Menschenrechtsverletzungen an ihren Toren zu stoppen", fordert Vilmar. „Wir rufen die EU dazu auf, Griechenland bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen, statt die Grenzen noch mehr abzuriegeln."

Außer den „Push-Backs" und kollektiven Ausweisungen kritisiert Amnesty die lange Inhaftierung von Asylsuchende und Migranten. „Asylsuchende, die nichts getan haben, als Schutz in der EU zu suchen, werden über Monate und zum Teil Jahre in Haft gehalten, darunter auch Kinder. Oft herrschen in den Hafteinrichtungen unmenschliche Bedingungen."

Vom 13. bis zum 20. Juli 2013 nimmt eine Gruppe von etwa 50 Amnesty-Aktivisten aus der ganzen Welt auf der griechischen Insel Lesbos am 2. Internationalen Menschenrechts-Camp teil.

Quelle: Presseerklärung amnesty international Berlin/Athen, 09.07.2013 ■

Genç-Preis an Sebastian Edathy verliehen

Am 25. Juni 2013 wurde in Berlin der diesjährige Genç-Preis für Hoffnung und Versöhnung verliehen. Preisträger sind der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags, Sebastian Edathy, und Tülin Özüdoğru, die Tochter von Abdurrahim Özüdoğru, der am 13. Juni 2001 in seiner Änderungsschneiderei in Nürnberg von Mitgliedern des rechtsextremen NSU ermordet wurde.

Sebastian Edathy, der auch Fördermitglied des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!" ist, verwies in seiner Rede zum Dank für die Auszeichnung darauf, dass gegenüber den Opfern der rechten Terrorzelle zwei wesentliche Kernversprechen

des Rechtsstaates gebrochen worden seien: das Recht auf Schutz vor Verbrechen unabhängig von der Herkunft und das Recht auf objektive Aufklärung durch die staatlichen Stellen. Deshalb habe der Untersuchungsausschuss die Aufgabe, die Fehler der Sicherheitsbehörden „schonungslos" aufzuklären. Hierbei gehe es um „die Frage der demokratischen Selbstachtung unserer Republik als Ganzes".

Die Dankesrede von Tülin Özüdoğru führt den Anwesenden vor Augen, was die Angehörigen der Opfer durchgemacht haben. Es ist nicht nur der Verlust des Vaters – sie war damals 17 Jahre alt. Die ermittelnden Behörden säen Misstrauen, das Wurzeln schlägt. Tülin und ihre Mutter werden gemieden, Freunde machen sich rar. Und doch gibt sie nicht der Gesellschaft an sich eine Schuld. Sie ist hier geboren, es ist ihr Land, ihre Heimat. Sie liebe dieses Land. Ein Zeichen, dass auch sie von diesem Land geliebt werde, vermisse sie aber bis heute.

Er habe bis heute nie erlebt, dass nach einer kurzen Rede von gerade einmal zehn Minuten alle Anwesenden Tränen in den Augen haben, sagt Giovanni Pollice, der die Glückwünsche des Kumpelvereins an die Preisträger überbrachte. Es waren wohl gleichermaßen Tränen des Mitgefühls und Tränen der Scham, dass solche Morde in Deutschland geschehen konnten und die Opfer dann auch noch verdächtigt wurden, in kriminelle Machenschaften verstrickt zu sein. Und wenn hartgesottene Politikerinnen und Politiker wie Bundestagspräsident Norbert Lammert, Schirmherr des Genç-Preises, SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, parteiübergreifend emotional aufgewühlt sind, kann man schon die Hoffnung haben, dass die im Bundestag vertretenen Parteien trotz Wahlkampf und Alltags-Hickhack sich darin einig sind, dass so etwas wie die NSU-Morde nie mehr passieren darf und entsprechend Vorkehrungen getroffen werden.

Nachdem man sich in Berlin ausgetauscht hatte, schrieb Tülin Özüdoğru an den Kumpelverein: „… meine Hochachtung, dass ihr seit über 25 Jahren gegen Rechtsextremismus kämpft und viele wunderbare Projekte organisiert. An dem Tag habe ich sofort die Gelbe Hand an mein Kleid angebracht und bei Veranstaltungen/ Verhandlungen werde ich sie ab jetzt immer bei mir haben und auf meinem Herzen tragen.

Ich habe es auch in meiner Rede gesagt ‚es gab Menschen die zu Enttäuschungen wurden, aber dann wurden neue Menschen zu meinen wahren Freunden'. Ich habe mir eure Seite angeguckt und bin begeistert von euch."

Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt Juli/August 2013" ■

Zwangsumzug von Refugees

Am Montag, dem 15. Juli 2013 sollten die Refugees, die im Lager in Heiligenhaus wohnen müssen, zwangsweise umziehen. Begründet wurde dies mit festgestellten Mängeln in der Statik der Container, in denen die Leute bislang wohnen mussten.

Dies traf auf Widerstand der Bewohner_innen, nicht weil sie die bisherige Unterbringung beibehalten wollten, sondern weil die Alternative in den Augen der Refugees eine Verschlechterung darstellt. Der Plan der Stadt Heiligenhaus war, die Bewohner_innen zwangsweise in eine Schule umzusiedeln, wo für 82 Bewohner_innen nur eine Dusche und vier Toiletten zur Verfügung stehen sollten. Hierbei sollten zwischen sechs und zehn Menschen auf einem Zimmer wohnen! Diese Entscheidung wurde den Leuten vier Tage vor ihrer Umsetzung angekündigt.

Die Refugees hatten auch Menschen mit Papieren eingeladen, um sie bei den Diskussionen mit dem Sozialarbeiter, dem Hausmeister und dem Vertreter der Stadt Heiligenhaus zu gegebenenfalls unterstützen.

An diesem Morgen begannen der Hausmeister und der Sozialarbeiter teils schreiend auf die Bewohner_innen des Lagers einzureden, die Situation sei eben so und sie müssten ja „nur" drei Monate unter den Bedingungen in der Schule ausharren. Später war allerdings von mindestens einem halben Jahr die Rede.

Der Hausmeister forderte die Unterstützer_innen mit (Aufenthalts-)Papieren auf, das Lager zu verlassen und berief sich darauf, er hätte Hausrecht. Die umstehenden Bewohner_innen bestätigten, dass die zum Verlassen des Lagers aufgeforderten Personen ihre Gäste waren. Doch dies interessierte weder den Sozialarbeiter noch den Hausmeister, der die Polizei hinzurief.

Es entbrannten unter Anwesenheit der Polizei an verschiedenen Stellen Diskussionen zwischen Bewohner_innen und den Verantwortlichen des deutschen Staates (Sozialarbeiter, Hausmeister, Vertreter der Stadtverwaltung, Polizist_innen). Im Rahmen der Diskussionen versuchten die Vetreter_innen des Staates Versprechungen über Verbesserungen der Lage im Vergleich zum ursprünglichen Konzept zu machen. Auf der anderen Seite gaben sie auch zynische Dreistigkeiten von sich. Beispielsweise sprachen sie den Refugees das Recht auf eine eigene Wohnung ab und verwiesen darauf, sie sollten doch froh über den gegebenen Zustand in Deutschland sein. Ein Sozialarbeiter sprach davon, die Refugees könnten, wenn sie wollten, in nach „Kulturen" getrennten Räumen leben und benutzte im Rahmen dieser Ausführungen den rassistischen Begriff „Chinamann". Wir nehmen an, er wollte hiermit Geflüchtete aus China bezeichnen.

Die Vertreter_innen des Staates waren allesamt sichtlich überfordert und versuchten nun die anwesenden Refugees gegeneinander auszuspielen, indem sie sie in Einzeldiskussionen verstrickten. Auch die anwesenden Supporter_innen wurden aufgefordert, Einfluss auf die Refugees zu nehmen, damit diese ihren Zwangsumzug akzeptieren würden. Freilich weigerten sich die Supporter_innen für die Refugees zu sprechen und verwiesen darauf, dass diese selbst anzusprechen seien.

Nachdem sowohl die Strategie unglaubwürdiger Versprechungen, als auch der Versuch der Vereinzelung gescheitert waren, griff die Polizei ein wenig tiefer in die Trickkiste. Man lockte einen Refugee unter dem Vorwand, man wolle mit ihm sprechen, ein paar Meter von der Gruppe weg – und begann dann unvermittelt ihn festzunehmen!

Danach begann die Polizei eine_n Supporter_in nach dem_der nächsten festzunehmen und abzuführen. Dies geschah teilweise unter starkem Gewalteinsatz und führte auch zu leichteren Verletzungen, was bei einigen Refugees auf großes Unverständnis stieß. Die Polizist_innen ließen ihrem Rassismus freien Lauf und bezeichneten während ihres Einsatzes die Refugees als „Affen". Die Personen, die in Gewahrsam genommen wurden, wurden stundenlang auf der Polizeiwache festgehalten und gegen ihren Willen erkennungsdienstlich behandelt.

Nach dem Polizeieinsatz wurde der Umzug dann doch durchgeführt. Wie dies genau von Statten ging, ist den Autor_innen dieses Textes nicht bekannt, allerdings ist zu bedenken, dass im ursprünglichen Lager Strom, Wasser und Gas abgestellt wurden und die wortführende Polizistin von Anfang an angedroht hatte, den Umzug unter Einsatz von Gewalt durchzusetzen. Zwar konnte durch den Protest der Refugees eine weitere Etage innerhalb des Schulgebäudes erkämpft werden, die ursprünglich nicht zur Verfügung stehen sollte, allerdings gab es zumindest heute Abend, entgegen anders lautender Versprechungen keine Dusche im ganzen Gebäude. Darüber hinaus gab es ausschließlich kaltes Wasser.

Insofern könnte es sein, dass der Protest zumindest zum Teil erfolgreich war, auf der anderen Seite haben Stadt und Polizei alles menschenmögliche getan, um die Refugees nach allen Regeln der Staatskunst hinters Licht zu führen.

Wir können an dieser Stelle nur mit Nachdruck dazu aufrufen alle Kämpfe von Geflüchteten in Deutschland für ihre Rechte zu unterstützen.

Grenzen einreißen – no border no nation!

Quelle: http://de.indymedia.org

Ausstellung „Europäischer Widerstandskampf“ im Europaparlament vorgestellt

Bis zum Beginn der Parlamentsferien war im Foyer des Europäischen Parlaments eine eindrucksvolle Ausstellung zu sehen, die gemeinsame Ausstellung des Institut des Vétérans und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten zum Thema „Europäischer Widerstandskampf gegen den Nazismus“. Auf Einladung des Vize-Präsidenten des Europaparlaments Miguel Angel Martinez wurde in Anwesenheit von zahlreichen Abgeordneten des Europaparlaments, von Mitarbeitenden aber auch Gästen der internationalen antifaschistischen Organisationen die 50 Tafeln umfassende Ausstellung im Foyer des Parlamentsgebäudes am 8. Juli 2013 eröffnet.

Nach einer Einführungstafel mit den Grußworten des Institut des Vétérans und der FIR und einer Einführung, was unter dem Begriff Widerstand zu verstehen ist, folgen Tafeln für alle europäischen Länder der damaligen Zeit, die im Kampf gegen den Nazismus eingebunden waren: Italien, Spanien, Portugal, Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Norwegen, Dänemark, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, Ungarn, Albanien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien.

Die Ausstellung lebt durch eindrucksvolle Bilder und reproduzierte Dokumente, die die knappen erläuternden Texte unterstreichen. Bei der Auswahl der Illustrationen, die oftmals von den nationalen Verbänden der Widerstandskämpfer und Antifaschisten zur Verfügung gestellt worden sind, wurden besonders solche Bilder gewählt, die Männer und Frauen, nationale Besonderheiten des Kampfes und allgemeine Tendenzen zum Ausdruck bringen konnten. So findet man Fotos des Slowakischen Nationalaufstands, des Kopenhagener Generalstreiks, der jugoslawischen Partisanenarmeen oder das Flugblatt der KPD von 1938 „Wider die Judenpogrome“, eines der wenigen Beispiele des öffentlichen Protests gegen diese antisemitischen Übergriffe in Deutschland. Die Ausstellung erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie zeigt aber, dass der Widerstandskampf in allen europäischen Ländern in unterschiedlicher Form und unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten stattgefunden hat. Alle Texte sind dreisprachig (englisch, französisch, niederländisch).

Bei der Eröffnung wurde die Bedeutung einer konsequenten Aufarbeitung der Geschichte mit einer klaren Botschaft der politischen Erinnerung für heute unterstrichen. So dankte der Vertreter des Parlaments den Initiatoren für dieses eindrucksvolle Beispiel der Bewahrung der Erinnerung. Er würdigte den Heroismus der damaligen Widerstandskämpfer aus den verschiedenen Ländern. Zwar schlug er in seinen Begrüßungsworten auch den Bogen zur Notwendigkeit der Wachsamkeit gegenüber – wie er es nannte – „totalitären“ Gefahren heute, vermied es aber, die reale Rechtsentwicklung in verschiedenen europäischen Ländern selber mit deutlichen Worten zu thematisieren.

Michel Jaupart, der Leiter des Institut des Vétérans, unterstrich in seinen Worten das inhaltliche Anliegen der Ausstellung, mit den hier gezeigten Bildern und Dokumenten die historischen Erfahrungen an die zukünftigen Generationen weitergeben zu können. Er bedankte sich dabei auch für die Zusammenarbeit mit den verschiedenen historischen Instituten und den Mitgliedsverbänden der FIR, die mit Bildern und inhaltlichen Beiträgen für das Zustandekommen der Ausstellung gesorgt hatten. Diese Gemeinsamkeit sei es gewesen, die ein solch beeindruckendes Ergebnis hervorgebracht habe.

Der Generalsekretär der FIR unterstrich in seinem Beitrag, dass die Gemeinsamkeit des antifaschistischen Kampfes der Anti-Hitler-Koalition die Basis für die Entstehung der Idee eines neuen friedlichen Europas nach der Befreiung von Faschismus und Krieg gewesen sei. Daraus leitete er die aktuelle Verpflichtung für die politisch Verantwortlichen und alle antifaschistischen Kräfte ab, wachsam und streitbar zu sein gegen extrem rechte und rechtspopulistische Tendenzen in den verschiedenen europäischen Ländern. Aus der Erinnerung an den Widerstand damals leite sich die Verantwortung für ein antifaschistisches Engagement heute ab.

Die Ausstellung wird in den kommenden Monaten zuerst in Belgien gezeigt werden. Die FIR plant die Übersetzung in weitere Sprachen und die Herstellung eigener Kopien, sodass die Ausstellung zukünftig in verschiedenen europäischen Ländern zu sehen sein wird.

Ulrich Schneider ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Geburtenrückgang in Deutschland: Schuld ist nicht der Bossa Nova

Hochsommer und Urlaubszeit bedeuten für die meisten Medien auch Saure-Gurken-Zeiten. Fernsehsender bringen massenhaft Wiederholungen und Zeitschriften können sich prinzipiellen und damit zeitlosen Fragen zuwenden, Nachrichten gibt es schließlich auch für ein „deutsches Nachrichtenmagazin" wie ZUERST! nicht in unbegrenzter Menge. Ein zeitloses Bedrohungsszenario ist die demographische Entwicklung der Bundesrepublik oder wie es auf dem Titelblatt der Juliausgabe alarmistisch heißt „Am Ende? Das deutsche Volk in der Demographiefalle".

Dabei geht es den Autoren der Titelgeschichte BERNHARD RADTKE, ROBERT DIEHL und FALK TIEDEMANN, die ihre völkische Lektion gut gelernt haben, nicht in erster Linie um die Demographie der Bundesrepublik Deutschlands sondern um „das deutsche Volk" als Ethnie, nicht um die Gesamtheit der Menschen, die in den Grenzen Deutschlands leben sondern um eine Blut- und „Schicksalsgemeinschaft" – ein großer Teil der hier lebenden Menschen werden also von vornherein ausgegrenzt. Die ersten Sätze des Beitrags lauten deshalb unmissverständlich: „Die Deutschen werden immer weniger – doch Politik und Medien scheint das wenig zu interessieren. Anstatt auf eigene Kinder setzt Berlin auf mehr Einwanderung" (was Berlins eigene Kinder sein sollen, bleibt allerdings offen).

Das es um Ausschluss von „Fremden" geht, machen auch folgende Sätze deutlich: „Das Durchschnittsalter der Einwohner Deutschlands steigt. Die Bevölkerungszahl sinkt. Und innerhalb der Bevölkerung steigt der Anteil der ethnisch und kulturell Fremden". Völkische Ideologie allein überzeugt aber nur Wenige, da zieht doch eher noch das Kostenargument: „Es kursieren auch Modelle, ein staatlich finanziertes ‚Müttergehalt' einzuführen. Auch wenn gegen solche Modelle schnell die angebliche Unbezahlbarkeit angeführt wird, muß man nüchtern feststellen, daß bisher noch niemand eine seriöse Gegenrechnung mit den Gesamtkosten von Zuwanderung und Integration vorgenommen hat". Oder: „Es steht zu befürchten, daß die bisherige Zuwanderung insgesamt eine Negativ-Bilanz in zigfacher Milliardenhöhe aufweist. Geld, das für eine geburtenfördernde Familienpolitik nicht zur Verfügung stand und steht". Und um die Menschenfeindlichkeit auf die Spitze zu treiben: „Kann es sich unser Land angesichts der demographischen Entwicklung leisten, Millionen integrationsunwilliger wie -unfähiger Fremder, überwiegend ohne Ausbildung und ohne Arbeit, die unsere Sozialkassen plündern, nicht selten kriminell sind und den gesellschaftlichen Frieden beeinträchtigen, weiterhin willkommen zu heißen? Wer den Ballon über den Berg bekommen will, muß Ballast abwerfen".

Wer aber ist verantwortlich für die Unlust, sich zu vermehren? Da bieten sich zuallererst „die 68er" an, die ja irgendwie an allem Schuld sein sollen: „Könnte die geringe Neigung der Deutschen, eigene Kinder in die Welt zu setzen, vielleicht auch etwas mit dem vorherrschenden Zeitgeist zu tun haben? Und ist dieser Zeitgeist nicht spätestens seit den 68er Tagen geprägt von einer planvollen Dekonstruktion aller traditionellen Bindekräfte? Sind nicht Volk und Familie geopfert worden auf dem Altar des ‚Ich', das immer Individuum aber selten noch Persönlichkeit ist? Ist nicht das Bewußtsein, Teil einer Schicksalsgemeinschaft zu sein, zerstört und ersetzt worden durch das Gefühl, nur Partikel einer Masse zu sein?… Auch dies hängt eng mit der liberalistischen Ego-Vergötzung und mit dem Ökonomismus und Hedonismus zusammen, die diese Gesellschaft prägen".

Zum zweiten ist da die Emanzipation der Frauen bzw. die sich wandelnde Männerrolle: „Über ein Drittel der deutschen Männer unter 45 ist kinderlos, die meisten wollen es bleiben. Daß das so ist, hängt natürlich mit der Veränderung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern seit einigen Jahrzehnten zusammen… Das Selbstbild des westlichen Mannes, insbesondere des deutschen, ist immer mehr von Verunsicherung geprägt. Seine gesellschaftliche Rolle bröselt dahin, seine biologische wird durch Gender Mainstreaming planmäßig kleingehäckselt". Und dann ist da noch der Antifaschismus beziehungsweise die Berichte und Untersuchungen über die Verbrechen des deutschen Faschismus: „Nur spekulieren kann man obendrein, was die jahrzehntelange psychologische Infiltration des deutschen Selbstbildes mit Begriffen wie ‚Verbrechervolk' oder ‚Tätervolk' oder ‚willige Vollstrecker' zumindest unbewußt für den Kinderwunsch von einzelnen bedeutet hat. Es ist zumindest schwer vorstellbar, daß jemand, der sich als Teil eines minderwertigen Kollektivs empfindet, große Lust verspürt, dieses Kollektiv zu erhalten".

Der Soziologe Prof. Dr. ROBERT HEPP, der auf eine jahrzehntelange Zugehörigkeit zur extremen Rechten zurückblicken kann sieht den sozialen Aufstieg breiter Bevölkerungsschichten als Schuldigen für die „nationale Dekadenz": „Ich habe einmal in einer Abhandlung mit dem paradoxen Titel *Der Aufstieg in die Dekadenz* die These aufgestellt, daß die nationale Dekadenz, die sich statistisch im Geburtenrückgang und in der fortschreitenden Abnahme der Bevölkerung niederschlägt, der Preis des sozialen Aufstiegs breiter Bevölkerungsschichten sei. Der Geburtenrückgang wäre aus dieser Sicht ein typischer Fall der zwar nicht intendierten, aber darum nicht weniger folgenreichen privaten ‚Bereicherung' auf ‚Kosten' der ‚Allgemeinheit'. Um auf der sozialen Leiter aufzusteigen, gibt es für eine Familie der unteren und der mittleren Schichten keine bessere Strategie als die Reduktion der Kinderzahl".

Aber Hepp hat auch eine Idee, wie man dem entgegensteuern könnte: „Ich denke da in erster Linie um eine konsequente Ahndung der Abtreibung. Statt sie zu entkriminalisieren, wie es mit dem 15. Strafrechtsänderungsgesetz noch im Mai 1976 geschah, hätte man sie damals eigentlich konsequenter verfolgen müssen. Man hätte dann wahrscheinlich mit einem Schlag, das ganze Geburtendefizit kompensiert, das 1975 mit einem Überschuss von fast 150 000 Sterbefällen bereits einen alarmierenden Höhepunkt erreicht hatte". Frau kann sich freuen (Mann übrigens auch), dass die reaktionären Rezepte des Herrn Professor Hepp politisch keinesfalls mehr umsetzbar sind.

tri ■